**Zeitschrift:** Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV

**Herausgeber:** Schweizerischer Juristenverein

**Band:** 2 (1853)

**Heft:** 3

**Rubrik:** Rechtspflege

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.10.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Rechtspflege.

Die bisherigen Mittheilungen von Rechtssprüchen haben nur aus den Kantonen Unterwalden, Freiburg, Graubünden, Tessin, Wallis und Neuenburg Nichts enthalten. Diese Lücken werden mit Nachfolgendem soweit möglich ausgefüllt. Von den drei letztgenannten Kantonen waren ungeachtet mehrfacher Ersuchen keine directen Mittheilungen erhältlich. Es blieb darum bei Tessin und Wallis nur übrig, aus den Amtsblättern zufällig hineingerathene Urtheile aufzunehmen, die indessen doch nicht ganz unbedeutend sind und einem aufmerksamen Leser werth sein mögen. Von Neuenburg besteht eine unter Leitung seines Appellhofes herausgegebene Sammlung von dessen seit 1848 erlassenen Rechtssprüchen, die aber noch nicht bis 1851 vorgerückt ist. Es mußten darum ausnahmsweise daraus frühere Fälle aufgenommen werden. Je mehr die Zurückhaltung in diesen Kantonen dem Herausgeber hinderlich war, um so leichter wurde ihm durch die Gefälligkeit der Bundesgerichtskanzlei die Mittheilung zweier bekannter, durch das Bundesgericht entschiedener Rechtsfälle gemacht.

## Unterwalden nid dem Wald.

### Urtheil des Kriminalgerichts vom 26. April 1851.

Das Kriminalgericht hat in Kriminalstrafsache des Schuster Jakob Christen, Schinhaltenbesitzer in Waltersberg, verehlicht, ca. 50 Jahr alt, und dessen Frau Karolina Schriber, ca. 52 Jahr alt; deren Kinder, als: Alois, 25 Jahr alt, Anna, 20 Jahr alt, und Karl, 17 Jahr alt, Inquisiten, in Untersuchungshaft seit dem 12. März d. J., Jakob Christen mit Vertheidiger Hr. Fürsprech

K. Zoller, Frau und Kinder mit Vertheidiger Hr. Fürsprech Karl Deschwanden;

betreff Brandstiftung
und zwar vorsätzliches Verbrennen des eigenen Hauses:
in Erwägung:

1. Laut Prozeß[1]) in der Nacht vom 11. auf den 12. März

---

[1]) Ueber die Einleitung dieses Prozesses ergibt sich aus dem Bericht des Verhörrichters, „daß sofort bei Wahrnehmung, es handle sich um des Christen Haus, sich fast allgemein ein Verdacht ahnendes Kopfschütteln und Achselzucken unter dem Publikum kundgab — und es hieß: C. hat das Schinhaltenhaus um Fr. 4000 unlängst in der Feuerassekuranz einschreiben lassen, hat vor kurzem einige Rechtsstreite verloren, die Schuldentreiber hätten durch Ausübung des Schatz- (Pfand-) Rechtes den C. fast ausgeplündert, C. sei wegen nicht unbedeutender noch schuldiger Summen im Recht angetrieben gewesen u. s. w. — Der T. reg. Herr Landammann, dem diese Verdachtsäußerung zur Kenntniß gelangt, der den C. als ein übel beläumdetes Subject kannte, und der in jüngsten Tagen mehrere Schatz- und Pfandbewilligungen hatte ertheilen müssen, fand ein schnelles Einschreiten und sofortiges Anstellen eines Untersuches für nothwendig, und da selbigen Abend unmöglich war, einen Extra-Rath zu besammeln, so ertheilte er von sich aus folgende Befehle: Es habe der Hr. Verhörrichter mit der Kanzlei, dem Standesläufer und Landjäger noch diesen Abend sich nach der Brandstätte zu begeben, nöthig findende Erkundigungen und Verhöre aufzunehmen, und je nach Gestaltsame der Dinge, allfällige Verhaftnahmen anzuordnen. Als der Verhörrichter in Vollziehung des erhaltenen Befehls sich nach Wihl begab, kam bereits die Hauptmasse des zum Löschen zur Brandstätte geeilten Volkes wieder zurück und hierwärts Wihl in der Landstraße begegnete ihm auch schon des Schuhmacher Christens Frau und die zwei Schwestern Huser, die in des Schuhmacher Christens Schinhaltenhaus Behausung gehabt hatten."

„Sofort wurden diese drei Individuen in's Wirthshaus zurückgebracht, dort die nöthigfindenden Voruntersuchungsverhöre aufgenommen, vom Hr. Gemeindspräsidenten von Oberdorf die nöthige Brandsicherheitsbewachung laut Weisung angeordnet und des Schuhmacher Christens Sohn Alois bei der Brandstätte aufgegriffen, der jüngere Sohn Karl und Tochter Anna im Dorfe bei Geschwistern Kiendli aufgefaßt, und die drei Kinder, sowie nachher die Mutter noch selben Abend in besondrigen polizeilichen Verwahr gesetzt, und stets gesondert auseinander gehalten. Es wurde auch nach dem Aufenthalt von Schuhmacher Christen geforscht und in Erfahrung

abhin das Haus des J. Christen in der Schinhalten gänzlich eingeäschert wurde und aus den übereinstimmenden Angaben von Frau und drei Kindern eine vorsätzliche Brandstiftung des Bestimmtesten hervorgeht;

2. aus dem freiwilligen Geständniß der Ehefrau sich ergibt, daß ihr Haus letztes Spätjahr der Feuerassekuranz La France um ffrs. 4000 in der Absicht einverleibt worden, um in Folge Feueranlegung diese Summe erhältlich zu machen und sich hierdurch aus Noth und Elend zu retten,

3. der Ehemann nach Angabe der Frau ebenfalls auch später sich mit ihr oft einzeln und in Beisein der Kinder besprochen, das Haus anzünden zu wollen, wo er dann aus dem Assekuranzbetrag die Schulden bezahlen und ein schöneres (ein Stein-) Haus aufführen wolle,

4. der Ehemann der Frau laut deren Angabe bedungen, es soll das Feueranlegen geschehen, wenn er nicht bei Hause sei. Als derselbe Sonntag den neunten März von Dallwyl aus dem Bühlte, wo er arbeite, zurückgekommen, haben beide über die Zeit des Brandes abgeredet und die Frau gesagt, daß sie Montag oder Dienstag das Haus anzünden wolle. 2)

---

gebracht, daß er seit einiger Zeit im Bühlte Dallwyl in Arbeit stehe.

Da zu vermuthen stund, Jakob Christen werde gewiß auch auf der Brandstätte erscheinen, um so mehr, da vom Bühlte her dessen brennendes Haus, wenn dort nur zum Fenster hinausgeschaut wurde, gesehen werden mußte, so ließ man auf selben genau Acht bestellen, allein Christen wurde erst am 12. März, Vormittags, als er eben vom Bühlte hergekommen war, im Dorf zu Stanz aufgegriffen und in einstweiligen Verwahr gesetzt. Am 12. März wurde der Untersuch mit der Familie Christen angehoben, einem w.w. Extra Rath über die Verfügung des T. reg. Hrn. Landammanns und daher getroffene Vorkehrung, wie auch über die bis anhin aufgenommenen Verhöre umständlicher Bericht erstattet, die Verfügungen des T. reg. Hrn. Landammanns, sowie die Verrichtungen des Verhöramtes genehmiget, und ernstes Einschreiten gegen Schuhmacher Christen angeordnet. Die Söhne und die Töchter saßen in polizeilicher Haft auf dem Rathhaus, Spital und Zuchthaus."

2) — Und daß sie es auch wirklich angezündet habe. — Ihr Geständniß (Fol. 5. Fr. 3) ergibt: „Ob der Küche befinden sich Dachschindeli und Felladen auf einem Dielti (Dachwinkel). Nachdem ich gestern Abends zu Nacht gerüstet und wir gegessen und ich die Geschirre gereinigt hatte, nahm ich ein Span und zündete die Schindeli absichtlich an, damit das Haus brenne; bloß hatte ich

5. die Ehefrau auch in ihrem Schlußverhöre die früher gemachten Angaben wieder übereinstimmend bekräftigte,

6. auch der Sohn Alois in seinen Angaben mit der Mutter über die Ursache, warum man das Haus assekuriren wolle, übereinstimmt und ebenfalls angibt, daß das Verbrennen des Hauses oft besprochen worden und der Vater gesagt habe, es soll geschehen, wenn er nicht bei Hause sei;

7. der gleiche Sohn angibt, es sei zwischen der Mutter und ihnen (den Kindern) am 10. März abgeredet worden, morgen müsse das Haus angezündet werden und ihm habe die Schwester Anna am 11. März, Abends ca. 5 Uhr, im Flecken Stanz gesagt, die Mutter werde diesen Abend das Haus anzünden;

8. der Sohn dem Vater in Confrontation gegenüber gestellt, wieder behauptet, es habe der Vater zuerst den Gedanken aufgegriffen, das Haus zu verbrennen und sich aus dem Assekuranzbetrag zu behelfen[3]) was aber mehreremale die Rede gewesen sei, und der Vater ausgesprochen habe, es solle geschehen, wenn er nicht bei Hause sei;[4])

9. der Sohn Alois dem Vater gegenüber namentlich noch angab, sie wären um Fl. 315 gepfändet gewesen, und hätten nebenbei noch in Bälde Fl. 200 bezahlen sollen, weßwegen Alle das Haus zu verbrennen abgeredet haben;

10. die Tochter Anna ebenfalls dahin das offene und freie Bekenntniß macht, sie wären in der Noth gewesen;[5]) der Vater habe

---

das Haus aber angezündet, so wollte ich wieder löschen, konnte es aber nicht mehr." — Ferner (Fol. 7. Fr. 15. 19. 20): „Der Mann habe ihr den Auftrag ertheilt, für die Hausgeräthschaften und Kleider zu sorgen, deßnahen hätten sie und die Tochter Anna vor dem Anzünden die Sachen in Ordnung gebracht, das Leinenzeug zusammengeknüpft und als sie das Haus angezündet hatte, habe der Sohn Alois die zusammengepackten Geräthschaften zum Fenster hinausgeworfen und gerettet. Sie hätten Niemanden beschädigen, sondern aus dem Feuerassekuranzbetrag ihre Schulden tilgen wollen;" und (Fol. 22. Fr. 9. 10): „Der Mann habe ihr gesagt, es geschehe ihr nichts, wenn sie das Haus anzünde."

[3]) Noch weiter (Fol. 10. Fr. 7): Schon bevor der Vater das Schinhaltenhaus in der Feuerassekuranz einschreiben ließ, habe er gesagt: sie wollen das Haus in der Feuerassekuranz versichern lassen, damit sie dann selbes verbrennen, und sich aus dem Assekuranzbetrag behelfen und wieder ein neues Haus bauen können.

[4]) — er habe aber nicht befohlen, von wem und wann das Haus angezündet werden solle (Fol. 11. Fr. 10).

[5]) „Wir waren übelfeil."

gesagt, er wisse nicht schicklicher aus den Schulden zu kommen als durch Verbrennen des Hauses, da er das Haus in der Feuerassekuranz habe. Die Mutter soll es mit dem Anzünden machen, wie sie wolle, jedoch soll es geschehen, wenn er nicht zu Hause sei,

11. Tochter Anna ferner angibt, sie habe am 11. März, Abends, Milch von Stanz geholt und dem Bruder Alois in der Schmidgaß gesagt, die Mutter werde diesen Abend das Haus verbrennen, er soll bald heimkommen;

12. Sohn Karl Christen ebenfalls freiwillig eingestanden, er habe vor nicht langer Zeit Vater und Mutter über das Verbrennen des Hauses reden gehört; der Vater habe gesagt, wenn er das Haus verbrennen würde, so könnten sie aus dem Assekuranzbetrag die Schulden zahlen und noch ein anderes Haus bauen; auch die Mutter habe bemerkt, wir könnten jedem geben, was ihm gehört, nur möchte bald wieder ein Haus erbaut werden. Am Abend des 11. März, als er mit Bruder Alois ins Bett gegangen,[6]) habe ihm derselbe gesagt, es werde nicht mehr lange gehen, so werde das Haus brennen;

13. der Vater J. Christen in seinem Verhör sub 12. März und auch im Confront mit Sohn Alois[7]) nur immer dahin sich ausspricht, daß er von keiner Abrede zum Verbrennen des Hauses, noch von einer daherigen Theilnahme etwas wisse; hinwieder aber zufolge der von der Mutter und 3 Kindern in Uebereinstimmung gemachten mehrfachen thatsächlichen Angaben die vollständige Mittheilnahme des Vaters nicht dem mindesten Zweifel unterliegen kann;

---

[6]) „Am Abend, als das Haus nachher abbrannte, gingen wir drei Brüder ins Bett. Ich entkleidete mich, der Bruder lag unentkleidet ins Bett. Der Bruder sagte mir, es werde nicht mehr lange gehen, so werde das Haus brennen. Als die Mutter und beide Schwestern zu jammern anfingen, kleidete ich mich an, half nachher den Huser-Meitlenen das Kind hinaustragen, und der Bruder warf von obenher unsre Habsachen zum Fenster hinaus. — Bevor ich ins Bett ging, sah ich die Mutter die Schriften in ein Säcklein packen.“ (Fol. 9. Fr. 1. 2.)

[7]) Nachdem C. am 12. März das erste Verhör bestand, und dann auf Befehl des w.w. Extra-Rathes in engere Verwahrung in den Thurm des Rathhauses gesetzt worden war, erfolgte diese Confrontation am 5. April. Die Antwort des Vaters war fast immer dieselbe: Er wisse nichts hievon. Und als der Sohn ihn weinend um Verzeihung bittend ihm die Hand darreichte, schob er selbe kalt und trotzig weg, sagend, er wolle nichts mehr von ihm, Frau und Kindern wissen, sie haben ihn ins Unglück gebracht.

14. der Vater auf eine Verdacht erregende Weise behauptete, er wäre zur Assekurirung des Hauses von Hrn. Alois Odermatt angegangen,[8]) von diesem wäre die Assekuranzsumme auf ffrs. 4000 bestimmt worden; wogegen laut eidlichem Erweis Christen das Haus zu assekuriren verlangt und die Summe auf ffrs. 4000 festgesetzt hat.

15. das Haus und Gut Schinhalten der Art mit Verschreibungen belastet waren, daß ein zufälliges Abbrennen des Hauses kaum mehr dem Christen einigen Schaden gebracht hätte;

16. Jakob Christen vom 28. Februar an bis zum 12. März, während welcher Zeit er im Bühlte Dallwyl arbeitete, mehrere Male Abends nach Hause gegangen, am 11. März aber, als er Abends alle Arbeit vollendet hatte, jedoch dort übernachtete;

17. Christen vom 9. März an, wo laut der Angabe der Frau zwischen ihr und dem Manne am 10. oder 11. März das Haus zu verbrennen abgeredet worden, seine frühere Heiterkeit verloren hatte, sich über seine vielen Schulden beklagte, Abends den 11. März, um 9 bis halb 10 Uhr, zu jenem Fenster hinausschaute und nachher vors Haus auf jener Seite hinausging, wo er gerade auf sein brennendes Haus hinsehen konnte; dabei kein anderes Wort verlauten ließ, als daß es schönes Wetter sei, und derart auffallend sich benahm, daß man ihn befragte, ob er unwohl sei, und er auch nachher unruhig die Nacht im Bette zugebracht hat[9]);

---

[8]) Angabe von Hr. Odermatt (Fol. 14. Fr. 1. 9): C. habe ihn am letzten Stanzerherbstmakt in der Schmidgasse angetroffen, und angeredet u. s. w. Angabe des Christen: Hr. O. habe ihn einmal in der Wihlgasse angetroffen und sei ihm angegangen, er solle sein Haus in die Feuerassekuranz einschreiben lassen.

[9]) Aussage (Fol. 16. Frage 1—3): In den ersten Tagen, als sich Christen im Bühlte befunden habe, sei er aufgeheitert und fröhlich gewesen, habe viel gespaßet und wie gehörig gegessen. Sonntag den 9. März sei Christen nicht mehr fröhlich gewesen, habe sich beklagt, wie er schuldig sei und sein Heimwesen verkaufen müsse, und habe es wirklich der Bühlte-Frau zu kaufen geben wollen. Auch am 10. und 11. März sei Christen nicht mehr fröhlich gewesen, wie vor dem; von Schulden, Rechtshändeln und Heimwesen verkaufen habe er, so weit Zeuge hörte, meistens geredet. Am Abend vom 11. auf den 12. sei Christen nach dem Nachtessen beim Ofen gestotzt, als ob er schliefe; auf Befragen, ob er schlafe, habe er mit „Nein" geantwortet, und sei zu den übrigen Personen an den Tisch gesessen. Circa 9 halb 10 Uhr habe er zum Fenster hinaus, bald aber wieder herein geschaut, bemerkend, es sei schön Wetter, setzte sich wieder an den Tisch, Wissiflühli halber hinausschauend. Auf Befragen, ob er unwohl sei, beklagte er sich über Zahnschmer-

18. Christen das Haus um eine Summe hat assekuriren lassen, welche es im Werthe, auch unbelastet von Verschreibungen, bei weitem nicht besessen hätte;

19. dem Christen als Hausvater hinsichtlich des Plans der Brandstiftung die größte Schuldbarkeit zugemessen werden muß;

20. die Frau früherhin einen wohlbeleumdeten Namen getragen und in Folge Noth und Mangel sich in einer traurigen Lage befunden hatte, und sie doch wesentlich vom Willen des Mannes abhängig war;

21. Sohn Alois und Tochter Anna, wenn sie auch ihre vollen Vernunftjahre erreicht haben, durch die Gespräche der Eltern so hingerissen wurden, daß sie anstatt dem Verbrechen der Brandstiftung sich entgegenzusetzen, vielmehr zur mittelbaren Theilnahme sich hinreißen ließen;

22. Sohn Karl sich noch in einem Alter befindet, wo ihm, namentlich als den Eltern unterstellt, nicht volle Zurechnungsfähigkeit beigemessen werden kann;

23. ferner, wäre die boshafte Brandstiftung verborgen geblieben, die Assekuranz La France um die wichtige Assekuranzsumme wäre betrogen worden; wie nun aber das Verbrechen zu Tage gekommen, mehrere Inhaber von Verschreibungen auf Haus und Land Schinhalten in Schaden versetzt worden sind;

24. endlich Frau und Kinder schon jedes in ihrem ersten Verhör offen und unumwunden Unterredungen, Absicht und die Thathandlung eingestanden, und ohne ihre Veranlassung nach abgelegtem Geständnisse seit dem 12. März in Haft gewesen sind; daher

gefunden:

a. Jakob Christen sei als Mitberather und Theilnehmer,
b. dessen Ehefrau Carolina Schriber als Thäterin und
c. die Kinder Alois, Anna und Karl Christen als Mitwisser des verübten Verbrechens der Brandstiftung schuldig;

demnach zu Recht erkannt:

1. Jakob Christen sei zu achtjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, wo er zur Arbeit wie möglich im Innern der Strafanstalt soll angehalten werden;

2. Die Ehefrau Karolina Schriber soll:

---

zen, ging Abtritt halber zum Haus hinaus, sei aber bald wieder zurückgekehrt. Sowohl durchs Fenster ausschauend, als von der Abtrittseite her, habe Christen sein brennendes Haus immerhin bemerken müssen, er habe sich aber kein Wort geäußert, daß er etwas beobachtet hätte. Im Bett schlief Christen, so weit Zeuge beobachtete, wenig, und am 12. März, Morgens 8 Uhr, ging Christen vom Bühlte fort.

a. ¼ Stunde lang unter Läutung der Glocke und Verlesung des Strafurtheils auf den Lasterstein gestellt werden;
b. Soll sie an einem Sonntage unter dem vormittägigen Gottesdienst in der Pfarrkirche Stanz vorknien und es soll zugleich eine auf das Verbrechen der Brandstiftung bezügliche Predigt gehalten werden;
c. Wird sie auf 2 Jahre in das Zuchthaus kondemnirt, wo sie möglichst zur Arbeit angehalten werde;
d. Nach vollendeter Zuchthausstrafe soll sie 4 Jahre lang an Sonn- und gebotenen Feiertagen den vor- und nachmittägigen Gottesdienst besuchen und alle 2 Monate ihre Andacht verrichten;
e. Sei sie nach Entlassung aus dem Zuchthause der Aufsicht der Polizei und der Freundschaft unterstellt, welch letztere nöthigenfalls für ihren Unterhalt vorzusorgen hat;

3. Seien Jakob Christen und dessen Ehefrau der Ehrenfähigkeit verlustig erklärt;

4. Diese beiden sind schuldig die in Folge der Brandstiftung Beschädigten mit gemeinschaftlicher Haftbarkeit zu entschädigen;

5. Sollen Jakob Christen und Frau zur Tragung aller der fraglichen Brandstiftung wegen erfolgten Prozeß- und Atzungskosten verfällt sein;

6. Die Kinder Alois, Anna und Karl Christen werden hinsichtlich der auf sie bezüglichen mildernden Umstände zur Bestrafung an das Geschwornengericht überwiesen;

7. Soll gegenwärtiges Urtheil dem w.w. Rath zur Vollziehung, zur Kenntnißgabe an den Präsidenten der Strafanstalt und an den Hochw. Religionslehrer derselben mitgetheilt werden.

---

Urtheil des Geschwornengerichts vom 30. April 1852.

Das Geschwornengericht hat in Strafsache gegen Schuster Jakob Christen, Correctionshaussträfling seit April 1851, mit erbetenem Vertheidiger Fürsprech K. Zoller,

betreff

Entweichung aus der Strafanstalt und Beschimpfung des Strafgerichte, nach angehörter Verantwortung

in Betracht:

1. Beklagter in der Nacht vom 27. zum 28. März abhin mittels Ausheben des Fenstergitters seines Gefängnisses aus der Strafanstalt entwich, in Bern beim Bundespräsidenten das Kriminalgericht von hier anschuldigte, daß es ihn ungerecht verurtheilt habe und die Appellation an das Bundesgericht ihm verweigert worden sei;

2. daß er vor seinem Entweichen häufig, und sogar in Gegen-

wart der Strafhaus-Commission die Beschuldigung gegen das hiesige Kriminalgericht wiederholte: „es habe ihn ungerecht verurtheilt und er könne ihm nicht verzeihen;"

3. daß der Beklagte überhaupt in religiöser Beziehung tadelhaft sich betrage, alle Ermahnungen des Seelsorgers bisher fruchtlos geblieben, so daß er bishin wegen seinem üblen Willen noch niemals zum Empfang des heil. Altarsakramentes zugelassen werden durfte;

Erkannt:

1. Werde Beklagter eine Viertelstunde unter Läutung der Glocke und unter Verlesung des Strafurtheils, mit einem Knebel im Munde auf den Lastersteine ausgestellt;

2. Sollen ihm im Strafhause im Beisein der übrigen Sträflinge 20 Ruthenstreiche ertheilt werden;

3. Sei derselbe auf 2 Jahre zur Tragung der Kette an beiden Füßen verurtheilt;

4. Werde auf einen Monat in ein besonderes Zimmer im Strafhause abgeschlossen, wo ihm das Tageslicht entzogen werden soll.

5. Hat die erfolgten Prozeß- und Transportkosten zu vergüten.

---

## Urtheil des Kriminalgerichts vom 1. Oktober 1852.

Das Kriminalgericht hat in Kriminalstrafsache gegen A. M., unehelichen Sohn des Jos. Maria M. und der Anna Josefa A. von Bekenried, 15 Jahr alt, Inquisit, in Untersuchungshaft seit dem 2. Sept. abhin, mit erbetenem Vertheidiger Hr. Fürsprech Karl Deschwanden

betreff Brandstiftung
in Betracht

1. zu untersuchen ist, ob der Beklagte mit Hinsicht auf die Minderjährigkeit das ihm zur Last fallende Verbrechens mit hinlänglicher Unterscheidungskraft begangen habe oder nicht, und daß diese Frage auf das Gutachten der Geschwornen-Aerzte und in Berücksichtigung der Natur des begangenen Verbrechens, welches jeder Knabe vorgerückten Alters für strafbar halten muß, und den persönlichen Eigenschaften des Beklagten, die ihn als überlegungsfähig bezeichnen, unbedenklich zu bejahen ist,

2. daß die vom Beklagten eingestandene Brandlegung aus Rachsucht und vielem Vorbedacht erfolgt ist und die Beschädigten den sehr bedeutenden Schaden von Fr. 4642. 33 erlitten haben,

3. das Feuer zu Mitternachtzeit mit Gefahr für das Leben der Hausbewohner und mit Brandgefahr für ein zweites nahe gelegenes Haus und zwei Holzsägen angelegt worden,

4. das gleiche Verbrechen, von einer volljährigen Person verübt, als ein todeswürdiges bestraft würde, in obschwebendem Falle jedoch das Alter der Minderjährigkeit des Beklagten und dessen vernachlässigte Erziehung als Milderungsgrund zu berücksichtigen ist,

gefunden:

A. M. sei des qualificirten Verbrechens der Brandstiftung schuldig;

demnach zu Recht erkannt und gesprochen:

1. Inkulpat sei zu einer viertelstündigen öffentlichen Ausstellung auf dem Lastersteine mit einer Ruthe in der Hand und einem Zedel am Halse, des Inhalts: „wegen Brandstiftung", und unter Läutung der Glocke und Verlesung des Strafurtheils verurtheilt;

2. habe er ebenfalls mit einer Ruthe in der Hand an einem Sonntage in der Pfarrkirche zu Bekenried während dem vormittägigen Gottesdienste vorzuknien, wo vom Hochw. Hrn. Ortspfarrer eine angemessene Predigt gehalten werden soll;

3. sei er zu fünfjähriger Zuchthausstrafe und zwar zu Absonderung von den übrigen Sträflingen verurtheilt, wo ihm während dem ersten Jahre ein besonderer Religionsunterricht ertheilt werden soll;

Jedoch wird die h. Regierung beauftragt, angemessene Erkundigung einzuziehen, ob der Sträfling für die bestimmte Strafdauer nicht in eine Strafarbeitsanstalt für junge Verbrecher untergebracht werden könne, in welch sich ergebendem Falle dem Geschwornengerichte übertragen sein soll, eine daherige Strafumwandlung auszusprechen;

4. hat Inquisit die Beschädigten zu entschädigen und die Prozeß- und Atzungskosten Fr. 126. 35 zu tragen;

5. soll dieses Urtheil dem Wochenrathe zur Vollziehung mitgetheilt werden.

---

Wir lassen hier aus dem sehr reichen verhöramtlichen Referat Auszüge, alles Wesentliche enthaltend, folgen:

„In der Nacht vom 30. auf den 31. August weckte nach Mitternacht circa ein Uhr die Sturmglocke von Bekenried die dortigen Bewohner vom Schlafe auf. Ein prasselndes Feuer unweit dem Dorfe verscheuchte weit umher das Dunkel der Nacht. Die Nachbarn diesseits dem See eilten mit schnellrudernden Schiffen an den Ort der Brandstätte. Das Haus und die Mühle des Benedikt Käslis sel. Sohn und Töchter standen in Flammen. Der zur Brandstätte Geeilte fragte, wie ist dieser Brand entstanden? „Wir wissen es nicht," wurde geantwortet. Unterdessen verbreitete sich bald ein Gerücht, daß in selbiger Nacht ein Knabe, der erst der strafenden Hand des Richters entlassen worden, bei der Mühle und Säge und der darob befindlichen Rübi herumgefahren sei. Es ging die Sage

dieses Subiekt habe einen Groll gegen den Sohn des Mühli-Benedikt-Käslis genährt, die Brunst sei zuerst oben im Haus, im sogenannten Sägenläubli, wo seit längerer Zeit Niemand geschlafen und sich Niemand aufgehalten habe, entstanden. Das Mühliwerk sei damals gar nicht im Gang gewesen, in der Küche und überall habe der nach 11 Uhr heimgekommene Sohn Karl Käsli keine Spur von Feuer wahrgenommen.

Der T. reg. Hr. Landammann, nach Kenntnißnahme dieser Indicien und Gerüchte, ordnete sofort einen Untersuch an, den ein w.w. Extra-Rath und dann auch der w.w. Rath bestens verdankte und genehmigte.

Es wurde sofort in Untersuchung auf das Rathhaus versetzt der 15jährige A. M. des Marias von Bekenried, und vom Verhöramt der Untersuch begonnen, der dann folgendes Resultat lieferte:

A. M. wurde wegen mehrfachen Entwendungen, die er im August d. J. im obersten Hütti, in der Planggenhütten zu Steinalp und früher schon anderwärts verübt hatte, vom T. Geschwornengericht am 26. August zu halbjähriger Einsperrung ins Bekenrieder Waisenhaus, zum Empfang eines christlichen Unterrichts beim Hochw. Hrn. Pfarrer, mit dreijährigem Gemeindearrest, Besuchung des vor- und nachmittägigen Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen und zu strenger Beaufsichtigung des Gemeinderaths oder Armenverwaltung beurtheilt. Der Beurtheilte blieb im Spital bis Montag den 30. August, wo der w.w. Rath den genauen Vollzug des über A. M. ergangenen Straffentenzes ausgesprochen hatte.

Noch am 30. August wurde A. M. polizeilich dem Armenverwaltungssäckelmeister sammt dem Straffentenz zugeführt. Landjäger Businger, der den Arrestanten dem Armensäckelmeister überbracht hatte, bemerkte demselben, es werde wohl im Sentenz heißen, daß der Arrestant müsse eingesperrt werden; ob er ihn, da der Landjäger nicht bei Hause sei, ins Waisenhaus hinführen solle? Der Armensäckelmeister habe bemerkt: er solle ihn nur da belassen, er wolle ihn schon besorgen.

Eidl. Verhör: A. M. in seinem Verhör (Fol. 4, Fr. 1) sagt: Der Armensäckelmeister hätte ihn nicht behalten können und ihn desfalls zu seinem Bruder, dem Melch M., oder wann dieser ihn nicht behalten könne, zu seiner Schwester Franzisca M. geschickt. Melch M. habe ihn nicht beherbergen können, desnahen sei er in Begleit seines Stiefbruders eine Strecke weit gegangen, habe sich zum Waisenhaus hinauf, von da durch die Straße bis zum Haus des Mühli-Caspars, wo seine Mutter als Magd diene, begeben. Da aber die dortigen Hausleute geschlafen, habe er es nicht gewagt, ins Haus hineinzugehen (Fol. 5, Fr. 1), sondern sei (Nachts circa 10 Uhr) gegen des Mühli-Caspars Rübi hinauf gegangen, sein Reisesäcklein

habe er in der Holzhütten unter der Rübi abgelegt; als er aber gesehen, daß die Mühli-Klara mit einem Knebel zur Rübi hinausgekommen, sei er ob die Rübi hinaufgegangen. Die Klara Käsli sei dann mit einem Licht ins Haus hinabgegangen, er habe in der Zwischenzeit den Reisesack genommen, habe sich circa eine Viertelstunde in der Holzhütten aufgehalten und sei dann in der Nacht circa 11 Uhr dem Dorf zu und in des Winzig Josten Gaden gegangen, wo er bis am Morgen circa 7 Uhr verblieben sei. In der Nacht habe er es läuten gehört, es habe ihm gefürchtet und er sei liegen geblieben.

Auf diese unglaubwürdigen Angaben mußten eidliche Zeugen einvernommen werden.

Der eidliche Zeuge (Fol. 1. Fr. 1) deponirt: In der Nacht vom 30. auf 31. August circa 10 Uhr sei des Mühli-Benedikt-Käslis sel. Tochter Rosa in des Caspar Käsli's Rübi, und circa 11 Uhr ihr Bruder Karl Käsli dort (fortgegangen?), beide seien lustig und guter Dingen gewesen. Nachdem Karl Käsli die Rübi verlassen hatte, ging die eine Weibsperson, die auf der Rübi arbeitete, ins Werch abzuliegen; die andere Weibsperson aber kehrte das Werch auf dem Rübistein. In der Nacht circa 12 Uhr wollte eine der zwei Arbeiterinnen ein Licht an dem Rübilicht anzünden und in des Mühli-Kaspars Haus hinabgehen, um zu schauen, wie spät es sei. Während sie im Begriff war, das Licht anzuzünden, sah sie Einen blos 3—4 Schritt von ihr entfernt neben der Rübi hinaufgehen, der ein blaues Hirthemd und gestreifte Hosen an hatte; Zeuge hielt ihn für einen halbgewachsenen Bub. Die Arbeiterin ging um zu schauen, wie spät es sei; als sie zur Rübithür hinauskam, erblickte sie neben der Thür einen am Boden liegenden Reisesack; sie betrachtete selben, er war grün gestreift. Sie ließ ihn liegen, ging ins Haus hinab und sah, daß es an der Stubenuhr zwölf Uhr war. Wie sie sofort wieder zur Rübi hinaufkam, war das Reisesäcklein nicht mehr vor der Rübithür. Sie weckte die Mitarbeiterin und sagte derselben, es fahre Jemand herum. Sie sei dann abgelegen, die Mitarbeiterin habe dann das Werch auf dem Rübibett gekehrt. Auf einmal sei sie von der Mitbarbeiterin geweckt worden, indem diese sagte, es läute bei St. Anna. Sie habe gesagt, es werde doch nicht der Streicher läuten. Sie haben die Rübi bestellt und seien neben des Kaspar Käsli's Haus unter der Rüb. gegangen, wo sie bei des Mühli-Benedikt-Käsli's sel. Haus die volle Flamme oben im Haus hinauswahlen gesehen u. s. w. Tags darauf sah der gleiche eidliche Zeuge (Fol. 2. Fr. 1), als er zur Mittagszeit in des Alexander Ambauers Haus sich befand, den ganz gleichen Reisestab, den er am Abend vorher neben der Rübithür gesehen und wohl betrachtet hatte, auf einem Stühlti (Melkstühlchen) liegen und A. M. am Tisch sitzen, mit einem blauen Hirthemd und glei-

chen Hosen, wie der Abendstreicher getragen hatte, bekleidet. Während dem Mittagessen in des Alexanders seien der Mühli-Karl Käsli und Joseph Käsli auch dorthin gekommen. Es sei bemerkt worden, das Haus müsse angezündet worden sein; A. M. habe fast nichts bemerkt, außer, er glaube es nicht, habe aber Niemanden anschauen dürfen. Der gleiche eidliche Zeuge sah auch am Tage nach der Brunst den A. M., das Reisesäckchen unter dem Arm, bei seiner Stiefschwester und dem Alois Feller in der Straß oder Weg unter dem alten Haus stehen.

Der eidliche Zeuge (Fol. 16) sagt: A. M. habe auf Befragen, wo er in der Nacht vom 30. auf den 31. August sich aufgehalten, — der Frau Catharina Stalder gesagt: er sei in des Fellers in einem schönen Bette gelegen, er habe dort Zunachtessen, allein nichts zum Kalazen (Frühstück, Collation) erhalten. Bei einer andern Person habe sich A. M. geäußert: als es Sturm geläutet, sei er in des Winzig-Josten Gaden aufgestanden und sei zur Brandstätte gegangen. Am 31. August, Nachmittags, sei des A. M. Stiefschwester in des Alex. Ambauers, wo der A. M. selbigen Tag sich aufhielt, gekommen, habe den Knaben bei Seite genommen und zu ihm gesagt: es sei doch ein grüßlis Ding, was sie auch noch an ihm erleben müssen; es heiße, er habe das Haus angezündet; — Zeuge hörte den A. M. nicht antworten, er habe aber am Leib gezittert, todtenblaß ausgesehen und geweint. Zeuge fragte den A. M. wiederum, wo er letzte Nacht geschlafen habe. Er habe geantwortet: in des Winzig-Josten Gaden sei er über Nacht gewesen. (Eidl. Zgn. Fol. 16 u. 17. Fr. 1.)

Der berichtl. Zeuge (Fol. 15. Fr. 2) beobachtete, daß, während das Haus von Schreinermeister Franz Jos. Egger, welches neben dem in Brand stehenden Haus von Mühli-Benedict Käsli sel. stund, geplündert wurde, A. M. circa 6 Schritte von Egger's Haus stund und das Reisesäcklein unter dem Arm hielt. Schreinermeister Egger beglaubte, circa ½ Stund vor Ausbruch der Brunst ein Riegeln (Rasseln) im Holz von seinem Schlafzimmer aus zu hören, gleich als ob Jemand etwas an seiner Thüre mache. Er habe auch noch zwei Schwertlig (Schwartenbretter) seinem Haus gegenüber an des Mühli-Benedikten Haus angestellt gesehen. (Angabe von Egger.)

Karl Käsli, Mühli-Benedikten, in seinem Verhör (Fol. 6) und spätern Bericht deponirt: er sei circa 11 Uhr in der Nacht vom 30. auf den 31. August von des Kaspar Käsli's Rübi heimgegangen, in der Küche habe er noch ein Paar Birnen genommen und gegessen und sich etwas gesäumt. Die Mühle und Säge seien bestellt gewesen. Er sei in sein Schlafzimmer ob der Stube nitsich gegen den See hinabgegangen und habe Licht bei sich gehabt. Die Zimmerthüre sei nicht ganz geschlossen gewesen, sondern noch etwas

offen. Als er des Nachts einmal erwachte, habe er in der Nähe ein Klepfen, als ob Käppli verschlagen würden, gehört; er habe zum Fenster hinausgeschaut und einen Feuerrauch bemerkt, habe dann seine Zimmerthür obsich hinauf geöffnet und da sei aus der theilweise geöffneten Thür des Nebenzimmers die Flamme herausgewallt. Das ganze Haus sei sofort oberhalb ganz in Flammen gestanden. In der Küche und den übrigen Orten sei es noch finster gewesen. Das Feuer, beglaube er, sei in einem Zimmer, wo ein leeres Bett und ein Laubsack sich befunden habe, ausgebrochen Zu diesem Zimmer hätte man ob dem Haus vermittelst Hinaufsteigen auf die Vorlaube ganz gut gelangen können. Er hege Verdacht auf den A. M. als Brandstifter.

Auf diese eidlichen und berichtlichen Zeugsamen, denen A. M. in vielfacher Beziehung sich widersprach, auf die mannigfaltigen Widersprüche des Inquisiten, wurde A. M. zufolge höherer Weisung am 2. Herbstmonat, Vormittag circa 11 Uhr, in den Thurm versetzt, wo er bis am 5. Herbstmonat, Nachmittag, verblieb, und endlich ein Verhör verlangte, vorgebend, er wolle Wahrheit bekennen.

Er sei, wie er früher angegeben, zu des Mühli-Kaspers, wo seine Mutter sei, hingegangen, in der Holzhütten unter der Rübi sei er auf Rinden abgesessen und habe beobachtet, daß die Rosa Käsli Benedikten sel. von der Rübi weg heimgegangen sei, begleitet von der Elisabetha Käsli (Rüberi). Die Elisabetha Käsli sei bald wieder in die Rübi zurückgekehrt, dann sei der Karl Käsli Benedikten ebenfalls bei der Holzhütten hinauf in die Rübi gegangen, habe circa eine Stunde verweilt, dann sei er wieder durch den Weg, den er anher gekommen, neben dem alten Haus hinabgegangen. Er sei noch etwas Zeits in der Holzhütten geblieben (eig. Geständniß Fol. 17, Fr. 1), sei dann, sein Reisesäcklein neben der Rübithür ablegend, neben der Rübi hinaufgegangen und habe gehorcht. Da habe das Mühli-Klari ein Licht angezündet und er habe aus dem Lichtschein entnommen, daß sie eine Zeitlang vor der Rübithür gestanden sei. Sie habe sich ins Haus hinab begeben, er aber sei neben der Rübi hinab geschlichen, habe sein Reisesäcklein genommen und sei wieder in die Holzhütten unter der Rübi hinab geschlichen. Sofort sei das Mühli-Klari mit dem Licht wieder in die Rübi hinauf gekommen, er aber habe sich sodann an der Ecke der obern Säge hinab begeben, wo er einen ihm Unbekannten Birnen auflesen sah. Dieser sei dann gegen des Eggers über die Mauer hinab gesprungen und unten durch die Straße fortgegangen, was er von der Säge weg gesehen habe. Von der Säge weg habe er sich neben das Schweinstälke ob Benedikt Käsli's sel. Haus begeben, auf einmal habe er Einen oben herab kommen gesehen, er

habe geglaubt, es sei der Mühli-Karl Käsli, sofort habe er sich ins Schweinstälte hinein begeben, den Hergekommenen aber nicht ins Mühlihaus hineingehen gesehen, noch die Thür zuschließen gehört. Hierauf sei er aus dem Stälti hinausgekrochen und gegangen, Birnen zu suchen, habe aber keine gefunden, sei dann neben des Eggers Haus hinab bis zum Trog gegangen, um zu sehen, ob noch Jemand da sei, habe sich dann ans Hauseck von Egger's Haus gegenüber von Benedikt Käsli's Haus begeben, und eine am Hauseck an Läden angestellte Tragbahre mit zwei weit von einander stehenden Rippen genommen und selbe zu des Mühli Benedikt Käsli's Haus hinüber getragen und an eine aufgemauerte Stud angestellt. Ueber diese Tragbahre sei er auf die Vorlaube des Mühli-Benedikt Käsli's sel. Hauses durch eine Oeffnung der weggerissenen Täfelläden gestiegen. (Eigenes Geständniß Fol. 17 und 18, Fr. 1 und eigene Angabe Fol. 8, Fr. 1.) Von der Vorlaube habe er beabsichtiget, in das sogenannte Sagenläubli, wo er früher, als er beim Mühli-Karl gearbeitet, gelegen sei, zu gehen und habe gedacht, es könnten dort Birnen sich befinden. Er sei desnahen zur ersten Vorlaubenthür hineingegangen, zur zweiten Vorlaubenthür habe er nicht gut hineingehen können, sie sei, obwohl nicht geschlossen, doch versperrt gewesen, überdieß habe er Heitere vom Zimmer her, wo der Karl Käsli schlafe, erblickt, und habe deswegen nicht ins Läubli hineingehen dürfen und sei desnahen auf die Vorlaube zurückgekehrt. In einer Ecke der ob dem Haus durchgehenden Vorlaube gegen Schreiner Egger's Haus hinüber seien Späne, Sagmehl und Gisel (Auskehricht) gewesen. Er habe zwei Zündhölzchen hervorgenommen, eines davon am Vorlaubendieliboden angerieben und in die Späne hineingesteckt, allein es sei dasselbe erloschen. Sofort habe er zwei Zündhölzchen zusammen genommen, selbe ebenfalls am Vorlaubendieliboden angerieben und sie in die Späne gesteckt, habe dann Späne und etwas Gisel darauf gelegt und sei von der Vorlauben hinabgesprungen und in des Tonimändels hinübergegangen, in der Absicht, Christianbirnen abzureißen, habe aber selbe nicht erreichen können. Von des Tonimändels sei er gegen der Rübi und des Valentin Durrers Mühli und von da in das Feller-Wyl hinaufgegangen. Vom Fellerwylgaden habe er auf das brennende Haus des Mühli-Benedikt Käsli's sel. hinabgesehen. Es sei ihm Angst geworden, und desnahen sei er wieder zurückgegangen. Zwischen der obern Mühli und des Toni-Jakobs angekommen, habe er Einen durch die Straße springen und Fürio rufen gehört. Es sei der Schreiner Egger gewesen. Er sei dann in den Mühlimattgaden hineingegangen und habe durch die Schwemmenen hinausgeschaut, wie Weiber und Mannsvolk vorbeigehe. Er selbst sei dann auch zur Brandstätte neben des Eggers Haus hingekommen und dort eine Zeitlang verweilt. Er

sei dann durch des Boden Meinraden bis zu des Winzigs-Josten Gaden gegangen, wo er auf dem Heu bis am Morgen 7 Uhr verblieben sei. (Eigenes Geständniß Fol. 8. 9 u. 10, Fr. 1.)

Die Ursache, warum er des Mühli-Benedikt Käsli's sel. Haus angezündet und verbrannt habe, sei die: „er habe dem Mühli-Karl Käsli vor circa 3—4 Monaten, als er dort hingegangen, um Birrenweggen zu kaufen, während das Hausvolk im Garten gewesen sei, zwei Pulverhörnli mit Pulver und ein Hagelhörnli mit Hagel aus einer Puffetdrucken entwendet und habe sich, ohne Birrenweggen zu kaufen, fortgeschlichen. Schon Tags darauf, es sei Sonntag gewesen, sei die Sache vor den Gemeinderath gekommen, und der Hr. Pfarrer, der ihn berufen, habe ihm gesagt, der Mühli-Karl habe ihn verklagt. Einige Zeit nachher habe Karl Käsli über ihn gelogen, als ob er ihm noch weit mehr genommen hätte und habe ihn Schelm betitelt. Er sei nach Roth, Kanton Luzern, verdungen worden; als er einmal von Roth nach Hause gekommen, so haben ihm die Buben vorgehalten, der Mühli-Karl habe wieder Pulver und Hagel, und haben ihm Schelm nachgerufen. Er habe dann den Entschluß gefaßt, das Haus dem Mühli-Karl anzuzünden. Er sei dann nur noch circa einen Monat lang in Roth geblieben. Von Roth zurückgekommen, habe er sich also gleich in die Alpen, wo er Diebstähle, weswegen er unterm 26. August d. J. bestraft worden, verübt, begeben. (Eig. Geständniß Fol. 19. 20.) Er habe früher schon wider den Mühli-Karl Käsli sich geäußert: Er wolle ihm schon noch daran denken; er vergesse es ihm nicht, daß er ihn verklagt und allerhand ausgesagt habe, deswegen habe er auch das Haus angezündet. (Eig. Geständniß Fol. 19, Fr. 3.) Als das Haus gebrannt, habe es ihn gereut, selbes angezündet zu haben. Er habe deßwegen so verschiedene Angaben, wo er in der Nacht vom 30. auf den 31. Aug. über Nacht geblieben sei, gemacht; er habe gedacht, sie kommen ihm nicht darauf, daß er das Haus verbrannt habe. (Eig. Geständniß Fol. 19, Fr. 2. 3.)

In seinem frühern Verhör (Fol. 11, Fr. 3) bekennt Inquisit: er sei in der Absicht auf die Vorlaube hinaufgestiegen, um das Haus anzuzünden. Sobald ihn der Mühli-Karl verklagt, habe er den Entschluß gefaßt, dessen Haus zu verbrennen. (Eig. Geständniß Fol. 11, Fr. 4.) Während er auf den Alpen herumgefahren, habe er im Haldi zu Obrikenbach von einem Bub und auch von einem Mädchen Zündhölzchen, um Tabak anzünden zu können, erhalten und mit solchen das Haus angezündet. (Eigenes Geständniß Fol. 11, Fr. 5.)

Letztlich darf nicht unbemerkt gelassen werden, daß A. M. an an den Ort der Brandstätte geführt, in Gegenwart einer großen Menge Zuschauer den Weg bezeichnete, den er zur Rübi hinauf-

gehend einschlug, die Stelle, übereinstimmend mit dem eidlichen Zeugen, bezeichnete, wo er sein Reisesäckchen bei der Rübi abgelegt, seinen Gang von der Rübi zum Sageneck, von dort zum Schweinstälti bestätigte, den Baum, wo er und der Unbekannte Birnen suchten, wies, endlich die Stelle, wo er die vermeinte Tragbahre nahm (es wurde diese Bahre von berichtlichen Zeugen als ein Güllenstandliheber mit weit ausstehenden Rippen bezeichnet, die wirklich an Eggers Hauseck gegenüber dem Mühlihaus gestanden sei). Ferners zeigte Inquisit die Stelle, wo er diese Bahre angestellt und darüber hinaufgestiegen sei. — (Direkte Mittheilung.)

---

# Freiburg*).

## Urtheil des Bezirksgerichtes von Greyerz, vom 14. Mai 1850.

Réuni sous la présidence de Mr. P. Fracheboud, y siégeant Mrs. Borcard et Michel Juges, Boys et Gremaud Suppléants, en remplacement de Mr. Gremaud et Magnin Juges, le premier malade et le second siégeant en Grand-Conseil. Huissier Scioberet.

Le Tribunal reconnait que la question à juger consiste à savoir:

Si Mr. Joseph Dupré de Bulle est en droit de conclure à ce que son épouse Dame Marie Dupré née Michaud, soit condamnée à consentir à sa mise en possession des droits que lui accordent les lois du canton de Fribourg en sa qualité d'époux et de père, soit des avantages découlant de sa réintégration dans ses droits civils et politiques; — ou

Si la prénommée Dame Dupré est fondée à conclure à libération de la demande au fond pour autant qu'elle est de nature à porter atteinte aux droits et à la position qui lui est assurée par le Code civil résultant des articles 63, 72, 210, 211 du Code civil, l'une et l'autre parties avec dépens.

Sur ce considerant

Qu'aux termes du décret du 6 Juin 1849 (Art. 1 et 3) il doit être fait abstraction de toute peine prononcée à raison de leur insolvabilité, contre les prévenus politiques, à dater du 6 Janvier

---

*) Die nachfolgenden zwei Urtheile sind als zusammengehörig zu betrachten mit dem nachfolgenden Spruch des Bundesgerichtes vom 3. Juli d. J. Wenn sie darum auch der Zeit nach schon vor unsre sonst festgehaltene Zeitgrenze fallen, so findet ihre Aufnahme doch darin ihre Rechtfertigung. Da in dem bundesgerichtlichen Spruche das Thatsächliche, welches zur Erläuterung dieses Urtheils dient, genügend entwickelt ist, so wird hier einfach auf jene Entwicklung verwiesen.

1847 au 15 Novembre même année, *et que ce décret statue de plus que ces prévenus sont réintégrés dans l'éxercice de leurs droits civils et politiques,*

Qu'il résulte de l'arrêté de Conseil d'Etat du 9 Juillet 1849, que le demandeur Dupré a été reconnu appartenir à l'une des catégories prévues au décret précité et qu'il lui en a été fait l'application,

Que dès là par vigueur des dispositions qui viennent d'être rappelées, Mr. Dupré a recouvré l'exercice des droits civils dont sa faillite et son insolvabilité avaient entrainé la déchéance,

Qu'au nombre des droits civils que la loi garantit au mari, sont essentiellement comprises la jouissance et l'administration des biens de sa femme,

Qu'en présence de l'acte souverain du 6 Juin 1849 conçu sans restriction ni réserve, la Dame Dupré n'est pas fondée à en limiter les effets de telle sorte qu'il soit comme non avenu en ce qui la concerne et que partant son mari ne doive etre envisagé que relevé partiellement des ineapacites civiles dont il était frappé,

Que ce décret du 6 Juin 1849 peut d'autant mieux se justifier, qu'il ne statue que d'une manière générale et à l'occasion de circonstances exceptionelles à l'égard de l'état et de la capacité civils d'une catégorie d'individus, sans s'occuper des intérêts de tiers qui n'en peuvent recevoir des modifications qu'indirectement et par voie de conséquence,

Qu'il est de principe que les lois qui règlent ou modifient, en améliorant leur sort, l'état des personnes, lequel du reste demeure dans le domaine de la loi, ne sont pas à proprement parler rétroactives et ne doivent pas être confondues avec des dispositions qui porteraient atteinte à des faits accomplis ou à des droits acquis,

Qu'il apparait suffisamment par les conclusions de Mr. Dupré qu'il n'entend pas s'attribuer les droits et avantages qu'a pu réaliser son épouse dans l'intervalle ou celle ci est demeurée en possession de l'administration et de la jouissance de ses biens,

Qu'au surplus malgré cette réintégration et l'insolvabilité subsistante de son mari, Madame Dupré peut toujours invoquer les lois et toutes les mesures conservatoires qui concernent la sureté des biens de femme,

Qu'il appert par ces considérations que la séparation de biens que la faillite et l'insolvabilité de Mr. Dupré avaient provoquée a dû cesser d'exister, —

Considérant en outre que le procès actuel a lieu entre une femme et son mari, que le caractère des dispositions qui régissent la cause est exceptionnel.

Le Tribunal juge et prononce:

Mr. Joseph Dupré est admis dans ses conclusions et Madame Dupré est éconduite des siennes.

A teneur de l'article 465 du Code de procédure civile, les dépens sont compensés.

Bulle, le 14 Mai 1850.

---

## Urtheil des Kantonsgerichts von Freiburg, vom 28. Juni 1850.

Comparait sous l'assistance de Mr. l'Avocat Louis Wuilleret, Mr. Jules Dupré, agissant au nom de sa mère Madame Marie Dupré née Michaud de Bulle, pour donner suite à l'appel qu'il a interjeté d= jugement rendu le 14 Mai 1850 par le Tribunal de l'Arrondissement de la Gruyère. — Il conclut à la révocation de dite sentence, avec suite de frais. —

D'autre part comparait Mr. le Dr. Bussard Avocat, agissant au nom de Mr. Joseph Dupré, lequel conclut à la confirmation du jugement de première instance et aux dépens.

Lecture faite du jugement dont est appel; — les parties entendues en contradictoire et après mûr examen de la procédure instruite entre parties,

Le Tribunal cantonal a trouvé que la question soumise à son jugement consistait à savoir:

Si Mr. Joseph Dupré de Bulle est en droit de conclure à ce que son épouse Dame Marie Dupré née Michaud soit condamnée à consentir à sa mise en possession des droits que lui accordent les lois du Canton de Fribourg en sa qualité d'époux et de père, soit des avantages découlant de sa réintégration dans ses droits civils et politiques, — ou si la prénommée Dame Dupré est fondée à conclure à libération de la demande au fond, pour autant qu'elle est de nature à porter atteinte aux droits et à la position qui lui est assurée par le code civil, résultant des articles 63, 72, 210 et 211 du code civil; — l'une et l'autre partie avec dépens,

Sur ce, adoptant les motifs et le dispositif du jugement de première instance,

il juge et prononce:

Qu'il a été inférieurement bien jugé et de là mal appelé par Madame Dupré.

Les frais sont compensés.

(Direkte Mittheilung.

---

# Graubünden.

— Das Grundstück des G. W., im welschen Dörfli bei Chur gelegen, stößt gegen Abend an dasjenige des Ch. K., ersteres ein Garten, letzteres ebenfalls, doch theilweise mit einem Schopf an der Grenze gegen Morgen überbaut. Dieser sollte erhöht und daneben eine Neubaute, ebenfalls hart an der Grenze, errichtet werden. Der Besitzer jenes ersten Grundstückes, G. W., trat gegen diese Baute klagend auf und brachte vor a. thatsächlich: der Garten des Klägers sei früher ein Weingarten gewesen — durch den Neubau werde ihm die Morgensonne ganz und theilweise die Mittagssonne entzogen und so großer Schaden angethan, beim Bau des Schopfes habe allerdings früher der Kläger nicht protestirt, — b. rechtlich: dieser Garten sei jetzt noch als Weingarten anzusehen — allgemeiner Grundsatz sei, daß keiner dem Andern Schaden zufügen dürfe, positiv habe überdieß das Stadtrecht von Chur diesen Satz rücksichtlich von Obstbaumpflanzungen ausgesprochen, welche von anstoßenden Grundstücken auf zwölf Fuß Entfernung einhalten sollen, ein Grundsatz, der des Sonnenentzugs wegen gelte und um so viel mehr sich gegen Mauerbauten richten müsse, welche die Sonne weit mehr entziehen, und mit dieser Gesetzgebung stimme überdieß die Jurisprudenz des Appellationsgerichtes von Chur überein, welches in den Erwägungsgründen zum Entscheid der Sache des Oberst U. B. gegen N. J. den oberwähnten allgemeinen Grund deutlich hingestellt habe, — endlich die frühere Unterlassung einer Protestation gegen den Schopf bringe nicht einen Verzicht auf spätern Widerspruch mit sich;

während der Eigenthümer des gegen Morgen liegenden Grundstückes Ch. K. erwidert a. thatsächlich: der Bau solle so sehr auf dem Eigenthum des Beklagten bleiben, daß auch die Traufe nicht auf des Klägers Boden falle — überdieß werde dem gegnerischen Grundstücke kein Schaden in dem behaupteten Umfange und jedenfalls kein wesentlicher zugefügt, es wäre vielmehr mit Festhaltung solcher Grundsätze unmöglich irgend eine Stadt zu erbauen; b. rechtlich: Jeder könne Boden und Luftsäule seiner Liegenschaft ohne Männiglichs Einspruch benützen; auch das römische Recht und der Code Napoléon, ebenso das Stadtrecht von Chur, erwähnen hiefür keine Ausnahme, als die wegen Baumentfernung, nicht aber wegen Schatten, sondern, und deßhalb seien nur Bäume erwähnt, wegen den Wurzeln, die in das nachbarliche Grundstück sich erstrecken könnten, so daß eine Analogie für Mauerbauten nicht eintrete; der Ausspruch des Stadtappellationsgerichts in erwähnter Sache, dessen rechtliche Bedeutung übrigens dahingestellt bleibe, besage ebenfalls nur, daß ein Neubau von einem schon bestehen-

den Gebäude 12 Schuh Entfernung einhalten solle, könne also ebenso wenig als Stützpunkt dienen.

---

## Urtheil des Stadtgerichts Chur
(Oktober 1850).

In Sache des G. W., Kläger gegen Ch. K. Beklagten, Klage bezüglich Bauanständen

hat das Stadtgericht

nach eingenommenem Augenschein, Anhörung der Parteien und reiflicher Erdaurung alles Vor- und Angebrachten,

in Erwägung, daß nach allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen jeder über sein anerkanntes Eigenthum frei verfügen kann, worunter jedenfalls das Recht des Bauens mitbegriffen ist; —

in Erwägung, daß der Kläger keinerlei Servitut namhaft gemacht, viel weniger nachgewiesen hat, kraft welcher derselbe berechtiget wäre, den Beklagten in seinen Baurechten zu verhindern oder zu beschränken; —

in Erwägung, daß die allegirte Bestimmung des hiesigen Stadtrechts, bezüglich der vorgeschriebenen Entfernung von zwei Werklaftern — sich keineswegs auf Gebäulichkeiten, sondern ausdrücklich lediglich auf Pflanzung von Fruchtbäumen in der Nähe von Wein- und Krautgärten bezieht; —

in Erwägung sodann, daß wenn auch nach einem gemeinrechtlich angenommenen Grundsatze Einer dem Andern vor Schaden sein muß, derselbe in Fällen, wie der vorliegende, seine Anwendung nur in dem Sinne und in dem Maße finden kann, daß hier dem Kläger beziehungsweise das gleiche Recht belassen wird, welches dem Beklagten zugesprochen wird, und zwar um so mehr, als umgekehrt dem Letzteren durch Beeinträchtigung seiner Rechte weit größerer Schaden zugefügt würde; —

zu Recht erkannt:

1) Ch. K. wird andurch berechtigt erklärt, die auf seinem Grundeigenthum im welschen Dörfli zunächst dem W'schen Garten projectirten Bauten gemäß der vorgenommenen Aussteckung auszuführen, immerhin aber unter der Beschränkung, daß durch dieselben dem anstoßenden Grundeigenthum des G. W., welchem das gleiche Recht zusteht, keinerlei Schaden, sei es durch Ueberbauung der Grenzlinie, sei es durch Anbringung von Lichtern gegen sein Grundeigenthum — zugefügt werden möge.

2) Die heutigen Gerichtskosten im Betrag von Fr. 20 — hat G. W. allein, die außergerichtlichen jeder Theil selbst zu tragen.

---

Hierauf hat die Frage betreffend, ob der Letztere berechtigt sei die vorhabende Neubaute auf seinem im „welschen Dörfli" zu Chur gelegenen, an den Garten des Klägers anstoßenden Grundstücks nach der gemachten Aussteckung auszuführen, worüber das Stadtgericht Chur als erste Instanz unter dem Oktober 1850 geurtheilt,

das Oberappellationsgericht,

(im März 1851)

nach Verlesung der vorliegenden Acten, Anhörung des Referats und genommenem Augenschein, nach reiflicher Erdaurung Alles Vor- und Angebrachten,

in Erwägung, daß nach gemeinrechtlichen Grundsätzen der Eigenthümer eines Grundstückes frei über dasselbe verfügen, daher auch Bauten auf demselben aufführen kann, sofern nicht diesem freien Verfügungsrechte entgegenstehende oder dasselbe beschränkende Rechte oder Gesetzesbestimmungen können nachgewiesen werden; —

daß die vom Kläger angerufene Bestimmung des Stadtrechtes von Chur, wornach die Pflanzung von Fruchtbäumen in der Nähe von Wein- und Krautgärten nur in einer Entfernung von zwei Werkklaftern zuläßig ist, auf den vorliegenden Fall deßhalb nicht Anwendung finden kann, weil dieselbe nicht von Aufführung von Gebäulichkeiten, sondern lediglich und ausschließlich von Baumpflanzungen spricht; —

daß das vom Kläger behauptete Vorhandensein eines Gewohnheitsrechtes nicht als rechtlich erwiesen kann angesehen werden, weil zum Beweise dieses behaupteten Gewohnheitsrechtes ein einziger Fall angeführt wurde, welcher noch überdieß nicht die gleiche, vielmehr eine von der gegenwärtigen ganz verschiedene Frage beschlägt, — ob nämlich gegenüber von bereits bestehenden Gebäulichkeiten Neubauten können aufgeführt werden; —

daß der gemeinrechtliche Grundsatz, es dürfe Einer bei Ausübung ihm zustehender Rechte dem Andern nicht Schaden zufügen, in Fällen wie der gegenwärtige seine Anwendung nur in dem Maße finden kann, daß dabei nicht Rechte des Andern verletzt und diejenigen Vorkehrungen getroffen werden, welche geeignet sind, unberechtigte Benachtheiligung abzuwenden, und daß hier das gleiche Recht wie dem Beklagten, so auch dem Kläger in Beziehung auf Erstellung von Bauten auf seinem anstoßenden Grnndstück oder Garten zusteht;

zu Recht erkannt:

1) Der Beklagte Ch. K. ist berechtigt, die auf seinem Grundeigenthum im welschen Dörfli zunächst dem W'schen Garten vorhabenden Bauten nach bereits gemachter Aussteckung auszuführen, jedoch unter der Beschränkung, daß dabei den Bau- oder anderen Rechten des anstoßenden Grundstücks des Klägers weder durch all-

fällig ausbrechende Lichter gegen des Letztern Grundeigenthum Eintrag gethan noch die Grenzlinie überbaut werden darf, der Beklagte namentlich auch verpflichtet ist, die geeignete Vorkehr zu treffen, daß weder Schnee noch Dachtraufe von der aufzuführenden Gebäulichkeit auf das Grundstück des Klägers fallen kann.

2) Die ergangenen Gerichtskosten hat der Kläger und Appellant allein, die außergerichtlichen jede Partei selbst zu tragen.

(Direkte Mittheilung.)

## Tessin.

Als im Jahr 1852 im Canton Tessin die Großrathserneuerungswahlen statt hatten, wurden in vielen Bezirken Männer der regierenden Partei zuwider berufen, deren Wahl Umtrieben zugeschrieben ward. Ergebniß einer über solche Umtriebe geführten Untersuchung ist der nachfolgende

### Contumacialspruch
### des erstinstanzlichen (Bezirks-)Gerichts Lugano
### vom 28. August 1852.

In Nome della Republica e Cantone del Ticino.

Il Tribunale Criminale di Prima Istanza del Distretto di Lugano, composto dalli signori giudici Galetti presidente, Leoni, Fontana, supplimentario signor Bossi in rimpiazzo del giudice ordinario signor Soldati, stato eccepito, e supplementario Pedrozzi in rimpiazzo del giudice sig. Della-Torre, ritiratosi spontaneamente, — riunitosi in seduta privata nell' Aula di sue sessioni in questo palazzo di Giustizia onde giudicare in contumacia li decretati d' arresto e latitanti Secondo e Giovanni, fratelli Polari, di Breganzona, — Pietro Bottinelli, di Cortivallo; — Antonio Soldini, di Chiusarella (Massagno); — avv. Antonio Orlandi, di Neggio, — Pietro Giovannini e Luigi Poncini, di Curio, — ed Antonio Notari, di Neggio, imputati,

Secondo e Giovanni Polari, di Breganzona, di corruzione, procurato armamento e somministrazione di armi tendente ad impedire la libera riunione dell' Assemblea di Vezia del 1º febbraio prossimo passato;

Pietro Bottinelli, di Cortivallo, ed Antonio Soldini, di Chiusarella (Massagno), di corruzione e pratiche illecite per accaparar voti in occasione dell' assemblea circolare de Vezia del 1º febbraio prossimo passato suddetto;

L'avv. Antonio Orlandi, di Neggio, d'aver procurato un assembramento armato nello scopo d'impedire la libera riunione dell' Assemblea Circolare del 1º febbraio prossimo passato nel Circolo della Magliasina;

Luigi Poncini, di Curio, di avere violentemente tolti li fucili della Comune di Curio, e di essersene armato onde violentare le nomine dell' Assemblea Circolare a Pura il 1º febbraio prossimo passato;

Pietro Giovannini, di Curio, di avere fornito armi e munizioni alla gioventù di Curio, nello scopo di violentare l'Assemblea come sopra è detto;

Antonio Notari, di Neggio, di procurato assembramento pure nello scopo suindicato;

Letta la denuncia, sporta d'Ufficio, del procuratore per il Fisco signor avv. Francesco Petrocchi, in data 17 gennaio prossimo passato;

Esaminati i rapporti commissariali pervenuti al Tribunale sopra questo oggetto;

Lette ed esaminate le conclusioni fiscali presentate dalli signori Procuratori per il Fisco avv. Petrocchi ed avv. Picchetti;

Sentito il rapporto dell'usciere del Tribunale di avere fatte le ricerche ad alta voce come è prescritto dall'articolo 377 Procedura Penale;

Visto, in forza di tale ricerca, essersi presentato nessuno ad addurre legittime scuse sopra l'assenza delli contumaci; meno il signor dottore Bernardo Leoni che presentò una memoria della signora Lucia Polari, domandante il prolungo di un mese per li suoi figli Giovanni e Secondo;

Ritenuto, che la procedura non venne condotta a termine se non se in odio delli retroindicati individui che vogliono essere considerati come li capi e promotori di quanto è avvenuto nelli Circoli di Vezia e Magliasina in occasione delle ultime nomine circolari;

Letto il voluminoso processo e tutte le pezze unite;

Per rispetto ai fatti risguardanti più direttamente le elezioni del Circolo di Vezia:

Ritenuto, che le tavole processuali hanno a tutta evidenza dimostrato che, per circa due mesi anteriori all'Assemblea Circolare del 1º febbraio prossimo passato, furono aperte in varie Comuni del Circolo di Vezia, ed anche in Lugano stesso diverse osterie in cui si dispensava a *gratis* da mangiare e bevere ai votanti del Circolo di Vezia per l'ammontare di parecchie migliaia di lire per ordine e conto specialmente di Pietro Bottinelli, di Cortivallo, massaro delli fratelli Secondo e Gio. Polari di Breganzona, che la voce pubblica designava come principali autori della corruzioni che ne avveniva, e che si devono ritenere comi tali, viste le deposizioni d'alcuni degli osti stessi, che hanno dichiarato che, quantunque gli ordini non venissero dati direttamente dalli fratelli Polari, dovevasi però così ritenere, ed anzi un d'essi, l'oste alla *Capella delle*

*due mani*, metteva in apposito registro le sovvenzioni a carico fratelli Polari, e ritirava delle ricevute attestanti, che si ricevevano le sovvenzioni medesime per conto delli stessi signori Polari;

Ritenuto, che per il deposto di Alberto Bernardoni si rileva che, per diverse volte nei mesi di dicembre e gennaio scorso, vennero alla sua osteria a mangiare e bevere Ignazio Soldini ed il Pietro Bottinelli colli suoi figli, e molti altri, e che tutto veniva ordinato dalli suddetti Bottinelli e Soldini, e sebbene non dicessero che ciò si faceva per accaparar voti, questo lo si poteva presumere, giacchè gridavano sempre che i loro candidati al Circolo erano li fratelli Polari ed avvocato Andreoli di Massagno;

Ritenuto, che le sovvenzioni fatte dall' oste Bernardoni vennero pagate mediante polizza de lire 1000, rilasciata d'una persona del Circolo di Vezia che non ha piacere d'essere nominata, e che in seguito si manifesta essere Gianninazzi di Cureglia, e che l'importo delle sovvenzioni fatte per titolo ed ordine sopra indicato è di lire 700, quale circostanza della rilasciata polizza venne pure ammessa dallo stesso firmatario Gianinazzi, cercando però questi di dissimulare la causa coll'asserire di avere agito in buona fede, e creduto di firmare un conto suo privato;

Ritenuto che dalla testimonianza di Paolo Vegezzi, oste in Lugano, risulta che per ordine specialmente del detto Pietro Bottinelli, massaro delli fratelli Polari, fece sovvenzione di vettovaglie a diversi votanti del Circolo di Vezia per l'ammontare di lire 900;

Ritenuto che dalle deposizioni di Achille Cattorini appare che per ordine di Pietro Bottinelli e per conto fratelli Polari diede da mangiare e bevere ai votanti del Circolo di Vezia per l'ammontare di lire 1931, e pel medesimo oggetto sovvenne pure da mangiare e bevere diverse volte ad Antonio Soldini di Chiusarella, dal quale ritiro le ricevute deposte ed esistenti in atti, avendo in tal modo intestato il suo apposito registro, consegnato a questo Tribunale, a motivo che l'ordine veniva dato dal massaro Polari, e pubblicamente si diceva che le spese erano a carico delli stessi Polari, circostanza d'altronde confessata dal giudicabile Antonio Soldini di Chiusarella nelle ricevute di sovvenzioni da esso lui firmate, e rilasciate al Cattorini, e specialmente nella dichiarazione 10 gennaio 1852 colle seguenti parole: io sottoscritto certifico di essere andato, a conto delli signori „pretendenti consiglieri fratelli Polari, con „degli amici di loro partito in varie volte a godere in commestibili „dal signor Achille Cattorini di mia piena soddisfazione, e di già „conto riconosciuto in lire 61 cantonali."

Ritenuto che il deposto suddetto per rispetto alla sovvenzione fatta per ordine del massaro Bottinelli prende non solo consistenza ma piena verità dal deposto di Elia Cameroni, che in processo ci-

vile ha formalmente dichiarato che in occasione in cui il Cattorini cercava di essere pagato dal Bottinelli, esso deponente interrogò il detto Bottinelli se era vero che gli avesse dato ordine per le sovvenzioni fatte, ed il Bottinelli rispose di avergli dato l'ordine, ma che era andato un poco troppo avanti; alla quale risposta il Teste replicava se gli aveva levato l'ordine, ed avendo risposto di no, lo eccitava a fargli di consequenza il pagamento, e veniva pagato un buon acconto per mezzo del signor Giuseppe Conti, la quale testimonianza è pure nel suo sostanziale confermata dai Testi Domenico Soldini ed Andrea Zambelli, avendo anzi il Soldini Domenico eccitato il medesimo Bottinelli al pagamento anche per la considerazione che tali cose potevano tornare di disturbo ai suoi padroni;

Ritenuto che il fatto dell'ordine dato dal massaro Bottinelli per delle sovvenzioni ai votanti prima delle nomine; e della accorrenza di una immensa quantità di votanti, oltre all'essere attestata dai suddetti deponenti, viene pure corroborata dalla deposizione di Lodovico Rinaldi e Gerolamo Soldini che dichiararono di essere andati diverse volte in diverse osterie con molti altri, e di avere trovato tutto pagato, e dalle deposizioni di Antonio figlio del Pietro Bottinelli, che ha dichiarato di essere sciente dei diversi ordini dati dal suo padre agli osti, e di essere andato per commissione dello stesso a levare l'ordine al così detto *Franz*, che aveva pure aperta la sua bettola all'oggetto di cui sopra;

Ritenuto che in complesso il processo dimostra assai chiaramente li mezzi di corruzione e coercitivi messi in pratica nel Circolo di Vezia specialmente all'oggetto di accaparar voti in favore delli candidati fratelli Polari, di Breganzona, di cui il capo e promotore si evince essere sempre stato il Pietro Bottinelli, massaro dei Polari;

Ritenuto che è del pari dimostrato come la mattina di buon'ora del 1º febbraio nelle vicinanze di Vezia, ove dovevasi tenere l'assemblea, vennero appostate armi ed armati, quali armi risultano tolte in parte in casa del massaro dei Polari, ed in parte in casa delli stessi Polari, e che mentre i cittadini s'avviavano al luogo dell'Assemblea, degli armati partivano di Lamone, diretti per Vezia, e che verso il cominciare dell'Assemblea una quantità di gente munita di bastoni, e con armi sporgenti dalle saccoccie percorreva lo stradale da Vezia oltre il Crocifisso, dove erano diversi cittadini per ciò intimiditi, e che appena terminata l'Assemblea in Vezia, la maggior parte degli armati defilava verso il Crotto così detto del *Fattore Morosini*, in conseguenza delle quali cose una forte minoranza di cittadini fu tenuta lontana dall'Assemblea, togliendole

quella libertà di unione e deliberazione che la vigente Costituzione ha garantito;

Ritenuto che l'assembramento armato in casa Polari ed al roccolo Leoni la notte del 31 al 1º febbraio 1852, è provato per il deposto del Teste giurato Francesco Gianola e confermato dalle deposizioni Casa-grande, Crivelli e Bonoli stesso;

Ritenuto non potersi ammettere la giustificazione introdotta per giustificare l'armamento in casa Polari ed al roccolo Leoni, dovendosi per questo avere ricorso all'Autorità superiore del Distretto, specialmente delegata per tutelare e garantire l'ordine pubblico e la sicurezza delle famiglie che potessero essere minacciate, unica e sola competente ad accordare una autorizzazione che non venne neppure richiesta;

Ritenuto che dalla visita delle armi apprese al Crocifisso fatta dal perito Giuseppe Pusterla, appare essere queste state ritrovate tutte, meno una, caricate con cartuccie a palla, per cui non può risultare una intenzione troppo pacifica verso chi ne ordinava il trasporto;

Ritenuto che in diverse parti del Circolo si faceva sentire la voce di attruppamenti armati che dovevano aver luogo nel giorno dell'Assemblea, risultando, per deposizione di Francesco Ghezzi, che prima delle nomine si vedevano frequentare in modo insolito le osterie, e si vociferava pubblicamente che era per accaparar voti ed andare armati al Circolo, ciò che aveva luogo e viene dimostrato dai deposti delli testimoni Andrea Valsangiacomo, Giovanni Crivelli e Giuseppe Daldini;

Ritenuto risultare comprovata la presenza di gente armata nei boschi in faccia al luogo dell'Assemblea, avendosi la deposizione del Teste Costantino Buzzi, e convalidata da quella dell'altro testimonio Francesco Gianola e degli assoldati Crivelli e Casa-grande, i quali due però non facevano parte della squadra appostata nei boschi come sopra è detto, ma sibbene di quella che aveva deposte le armi al Crocifisso per ordine Polari, che avevano dato ordine di far fuoco contro i *liberali*, e che il loro capo era Biagio Bonoli mandatovi dai Polari;

Ritenuto che per il deposto del comandante Morosini, superiormente comandato di recarsi verso le Taverne nel giorno 1º febbraio con un distaccamento di Guardia Civica per mantenere l'ordine pubblico ove fosse stato turbato, e sussidiato dalle deposizioni dei testimoni Hasler e Franchini Pietro che facevano parte del distaccamento, come arrivato il distaccamento stesso alla salita in vicinanza del Crocifisso, si scoperse nel fondo superiore delle persone armate, due delle quali, cioè Casa-grande e Crivelli venivano arrestate togliendo loro un fucile a due canne, una pistola ed una carabina,

che una di quelle persone arrestate dichiarò essere delli fratelli Polari; come pure che non tutti gli armati che si ritrovavano al Crocifisso vennero arrestati mentre se ne videro a darsi a precipitosa fuga, lasciando le armi nel luogo, ciò che viene confermato dal deposto del Teste Francesco Gianola, che nell'attraversare la valle di Gerso s'incontrava con certo Panora di Biogno, che interrogato dove andasse, gli rispose: „lasciatemi stare che non ho più „fiato di parlare, giacchè i soldati mi fecero fuggire dal bosco dove „mi ritrovava, e dove lasciai anche il mio fucile per non essere „arrestato";

Ritenuto che delle otto armi apprese al Crocifisso dalla forza per deposto degli armaiuoli Pusterla e Schleuber, una risulterebbe del dottore Andreoli, di Biogno, che un trombino uguale a quello appreso venne già incassato dallo Schleuber alli fratelli Polari, come pure che l'armaiuolo Manzoni ebbe vista in casa delli stessi Polari una carabina pure eguale ad una di quelle che ritrovasi presso il Tribunale;

Ritenuto che il deposto di Gerolamo Rusca oltre all'aggiungere prova alla esistita corruzione, combinato colli deposti delli esaminati Luigi Peri, Pietro Bossi, Luigi Enderlin e Giuseppe Maraini ismentisce la causa introdotta per giustificare l'armamento, e che i testimoni introdotti a difesa hanno tentato di attribuire constando anzi legalmente che mai in Lugano vi fu pensiero di aggredire la casa Polari avendosi anzi in atti un rapporto commissariale, che distrugge l'introdotta giustificazione;

Ritenuto che stante i baccanali, dicerie, movimenti d'armi e d'armati avvenuti nel Circolo di Vezia la vigilia e la mattina delle nomine, un buon numero di cittadini del Circolo intimiditi di un tale apparato, non si presentarono sul luogo dell'Assemblea, e si trattennero al Crocifisso, da dove dovettero sloggiare stante la comparsa di una schiera di gente munita di bastoni, avente tutt'altro che una pacifica intenzione, come si desume dal complesso delle testimonianze di molti, e specialmente del sindaco Foletti, sindaco Somazzi, Giuseppe Soldini, Gianola Pietro, Mosè Cameroni, Scariglioni dottore, capitano Saroli, professore Ferri, Giovanni Neri, e Soldini Ispettore di Finanza;

Ritenuto che dal complesso degli atti emerge che li fratelli Secondo e Giovanni Polari, sono legalmente indiziati autori dei due titoli di delitto a loro imputati, e che il Bottinelli ed il Soldini lo figurano del pari per il titolo di corruzione;

*Riguardo* ai fatti occorsi nel Circolo della Magliasina:

Visto il rapporto officiale della Municipalità di Curio, in data 2 febbraio prossimo passato, in cui è detto che una turba di gio-

vani armati forzarono con minacce il municipale Neri a consegnar loro i fucili che erano depositati presso di lui;

Letti i rapporti del Giudice di Pace di quel Circolo, del capitano Ruggia e del bureau stabile dell'Assemblea, dalli quali evincesi come la libera unione e deliberazione dell'Assemblea sia stata per un momento impedita stante la comparsa di una banda di armati, che appostati in vicinanza del luogo dell'Assemblea, la tenea in soggezione ed in maniera tale che il Giudice di Pace rifiutavasi aprire l'Assemblea, per cui, vista l'intenzione di questa banda di voler mettere il disordine nell'Assemblea e far uso delle armi da fuoco di cui era munita, fu necessario, giusta la superiore autorizzazione, armare i coscritti che intervenuti come forza legale, onde respingere quel clandestino attruppamento, vennero pei primi ricevuti a colpi di fucile, per cui dovettero rispondere e terminare col disperderlo mettendo così in posizione l'Assemblea di poter liberamente esercitare dei propri diritti, ciò che viene dimostrato col mezzo di molte testimonianze;

Ritenuto che di tutti questi fatti risultano quali capi e promotori l'avvocato Antonio Orlandi, di Neggio, Luigi Poncini e Pietro Giovannini, di Curio, Antonio Notari, di Neggio;

Ritenuto per quanto all'Orlandi, che per deposto di Innocente Morandi, Avanzini Giovanni, Domenico Cassina, Santino Cassina, Pietro Morandi, Secondino Avanzini ed Antonio Andina, si verifica che portandosi costoro a Pura, all'Assemblea, s'incontrarono in una banda d'armati provenienti da Pura, fra i quali venne riconosciuto l'Antonio Orlandi;

Ritenuto che per deposto del testimonio Ferrari Paolo, si ha, come il Bernardino Righetti, di Ponte-Tresa gli narrasse che due giorni prima dell'Assemblea fu in casa dell'Antonio Orlandi in Neggio, dove si fece firmare una carta — o di vincere, o di morire — come pure aversi in atti essersi veduto nella notte succedente l'Assemblea a girare armato nelle vicinanze di Magliaso, a Curio nel dopo pranzo della Domenica ed alla mattina fra gli armati nelle vicinanze di Pura;

Ritenuto quanto al Luigi Poncini, che per deposizione del municipale Neri, e quelle di Giovanni Andina, Domenico Ferretti, Maddalena Ferretti, Guggia Luigia e Christina, ed Andina Battista, risultare che la mattina del 1º febbraio sussidiato d'una banda di giovinotti, si presentava armata mano alla casa del suddetto municipale Neri obbligandolo a consegnargli i fucili che aveva in deposito e trasportandoli altrove;

Ritenuto che dopo la sottrazione dei fucili, una banda si riuniva, alla Fontana di Curio, ove a cura del Luigi Poncini e del Pietro

Giovannini veniva armata di detti fucili, distribuendo il Giovannini le munizioni;

Ritenuto che per deposto dei giudicabili Gerolamo Antonietti, Giovanni Avanzini ed altri, vengono indicati come capi e direttori di questo armamento li nominati Luigi Poncini e Giovannini Pietro, e che anzi questi si mise alla testa, guidandoli ed appostandoli sopra Pura nel luogo già indicato più retro;

Ritenuto che stante il deposto di diversi testimoni, Antonio Notari di Neggio, faceva parte di questo clandestino attruppamento armato, che anzi nella sua qualità di Istruttore militare doveva impedire e disperdere coi mezzi legali che potevano essere a sua disposizione;

Ritenuto che dal complesso del processo è chiarito che tali attruppamenti erano diretti ad impedire la libera riunione dei cittadini a Pura per l'Assemblea del Circolo, avendo questi atti prodotto lo scoraggiamento in molti che si astennero d'andarvi, ed in altri che sono fuggiti da Pura;

Considerando che l'avvocato Antonio Orlandi, stante la sua qualità di pretendente all'essere nominato deputato del Circolo della Magliasina, doveva interporre l'opera sua perchè nessun atto illegale, attruppamento o violenza dovesse eseguirsi in suo nome in occasione dell'Assemblea, ma che invece appare all'evidenza dai deposti di giurati testimoni che esso ritrovavasi cogli armati e sul luogo del seguito attruppamento per cui vuole essere ritenuto il capo e promotore dei disordini avvenuti, mediante l'opera prestata dagli imputati Luigi Poncini e Giovannini Pietro che agivano sotto li suoi auspici;

Ritenuto la gravità del caso per rispetto al Notari, di Neggio, che stante la severa disciplina militare come è già detto, doveva impedire ogni atto diretto a turbare l'ordine pubblico, e contro le Autorità legalmente costituite;

Per riguardo al titolo di corruzione:

Visto l'art. 49 della legge elettorale 30 novembre 1849, dalla quale è stabilito che ogni venalità, corruttela o seduzione in fatto di nomine, si punisce in conformi à della lettera B dell'art. 18 della vigente Costituzione e del Codice Penale;

Visto il citato articolo 18 della Costituzione che stabilisce la perdita del diritto di cittadinanza, o la sospensione nei casi,

*a)* Se uno è condannato a pena infamante.

*b)* Se è convinto d'aver fatto pratiche illecite per eleggere o essere eletto ad una pubblica carica;

Visto l'art. 113 del Codice Penale, del tenore seguente: „Chiunque con mezzi illeciti procura a sè o ad altri uno o più voti nelle

„Elezioni costituzionali, è punito colla degradazione Civica, e colla „multa dal secondo al terzo grado."

Per riguardo al procurato assembramento armato,

Visti gli art. 109 e 110 §. 1 del Codice penale disponente come segue:

„Art. 109 §. 1. Chiunque per attruppamento, con minacce atte „ad incutere timore, o con altri mezzi violenti abbia impedito ad „uno o più cittadini l'esercizio dei loro diritti civici in un'Assemblea „di Circolo, è punito colla detenzione dal terzo al quarto grado.

„Art. 110 §. 1. Se l'attruppamento, la violenza o le vie di fatto „siano dirette ad impedire l'unione o la libertà di deliberazione in „un Assemblea di Circolo, è punito colla degradazione Civica e „lavori forzati in primo grado."

Visto il §. 2 della legge sui delitti politici in data 20 gennaio 1851, così espresso:

„Alla pena di lavori forzati a tempo, ed a quella della deten„zione ordinaria, viene sostituita quella della prigionia pel tempo „corrispondente."

Visto l'art. 301, Procedura penale,

Visto l'art. 52, Codice penale.

*Ha dichiarato e dichiara:*

Secondo e Giovanni, fratelli Polari, di Breganzona in questo Distretto, autori principali del procurato attruppamento ed assembramento armato, in occasione dell'Assemblea circolare del 1º febbraio prossimo passato, e di corruzione.

Pietro Bottinelli, di Cortivallo, Comune di Sorengo, autore principale della corruzione esercitatasi nel Circolo di Vezia onde accaparar voti a favore delli pretendenti fratelli Polari per essere eletti a consiglieri nell'Assemblea del 1º febbraio suddetto.

Antonio Soldini, di Chiusarella, Comune di Massagno, autore di pratiche illecite e provata corruzione nello scopo come al Bottinelli.

L'avvocato Antonio Orlandi, di Neggio, autore principale di procurato assembramento armato onde impedire la libera riunione dei cittadini all'Assemblea circolare di Pura del 1º febbraio prossimo passato.

Luigi Poncini, di Curio, autore principale di avere con violenza tolti li fucili della Comune di Curio, che erano affidati al municipale Neri, e di averli distribuiti onde armarne i giovinotti di Curio nello scopo di violentare la libera riunione dell'Assemblea suddetta.

Pietro Giovannini, di Curio, capo e direttore dell'assembramento armato, diretto ad impedire la riunione dell'Assemblea circolare di Pura del 1º febbraio suddetto.

Antonio Notari, di Neggio, Istruttore militare, pure autore dell'assembramento armato come sopra è detto.

Considerati gli articoli del Codice retro-citati;

Visti gli art. 69 §. 2 e 72 del Codice Penale, non che il §. 2 della legge 20 gennaio 1851 retro-citata;

*Ha condannato e condanna in contumacia*

Li fratelli Secondo e Giovanni Polari, di Breganzona ad un anno di prigionia, alla degradazione civica e multa in terzo grado.

L'avv. Antonio Orlandi, di Neggio, Luigi Poncini e Pietro Giovannini, di Curio, ad un anno di prigionia ed alla degradazione civica.

Antonio Notari, di Neggio, Istruttore militare, a sei mesi di prigionia ed alla degradazione civica.

Pietro Bottinelli, di Cortivallo, ed Antonio Soldini, di Chiusarella, alla degradazione civica e multa in secondo grado.

Tutti in *solidum* al pagamento delle spese processuali da tassarsi e liquidarsi, il tutto in conformità delli succitati articoli di legge, e dell'art. 268 §. 1 del Codice di procedura penale così concepito:

„La parte soccombente sarà sempre condannata nelle spese „anche verso la parte pubblica ed al risarcimento dei danni verso „la parte civile se vi ha luogo."

Fatta e pubblicata in questo giorno 28 agosto milleottocentocinquantadue in udienza pubblica del Tribunale suddetto ed alla presenza delli nominati Salvatore Winkler di Giuseppe, di Lugano, e Luigi Brivio fu Nicola, di Lugano, loro domicilio, testimoni idonei ed assunti in assenza delle parti.

(Foglio officiale del cantone di Ticino. 1852 p. 970 s.)

## Neuenburg.

Die zwei nachfolgenden Rechtssprüche beziehen sich auf eine der vorzüglichsten Eigenthümlichkeiten des Neuenburger Stadtrechtes, wonach Kinder auf das Vermögen ihrer Eltern nicht verzichten können. Dieser Grundsatz findet sich noch in keiner Rechtsquelle des 17. Jahrhunderts, vielmehr spricht eine Satzung von 1694 (16. Jun.) deutlich die Zulässigkeit des Verzichts aus. Erst im Jahr 1718 (Febr. 1.) wurde davon ausgeschlossen „enfant qui a été nonrri, entretenu et élevé par le père — und im Jahr 1762 (15. Jan.) wurde die Grenze gezogen für Minderjährige. Die zunehmende Härte des Grundsatzes veranlaßte unaufhörlich Widersprüche in den trois états (der gesetzgebenden Behörde) und endlich einen Entwurf, der auf die Grundsätze des gemeinen Rechts zu-

rückkehrte (23. Febr. 1774). Aber vergebens; der Rechtssatz entwickelte sich immer schärfer, und seine umständliche Darstellung gibt mit allen Ausnahmen und Beschränkungen Osterwald, les lois et les coûtumes de — Neuchatel. 1785 S. 157 ff.

---

— Am 15. Nov. 1847 ward in Neuenburg beerdigt C. M. unter Hinterlassung eines ehelichen Sohnes A. M., landesabwesend und unter Vogtei. In der Verwaltung des Verstorbenen hatte sich bei seinem Tode gefunden eine Kasse der Familie N. und eine andere der Familie M., jene zufolge von Büchern mit einem Guthaben von Fr. 6000, diese mit einem solchen von Fr. 2000. — Da die Gläubiger des Sohnes A. M. bereits den Concurs desselben im Betrieb hatten, verlangten die Vertreter dieser zwei Familien-Kassen eine Vermögensabsonderung, so daß an den Sohn resp. dessen Masse nur ein allfälliger Erbschaftsüberschuß gekommen wäre. Demzufolge begehrten sie Auslieferung sämmtlicher zu den betreffenden Verwaltungen gehörigen Papiere und das Guthaben der fraglichen Kassen an den Erblasser mit Vorgriff auf die vorhandene Baarschaft und sonstige Activa der Masse. Die Gläubiger des Sohnes bewilligten die begehrte Herausgabe der Familienschriften, die andern Begehren bestritten sie.

Die Kläger stützten ihr Begehren a. im Thatsächlichen auf 1. die anerkannte Eigenschaft des Erblassers als Verwalters, 2. die anerkannten Buchguthaben, 3. das Vorhandensein von Baarschaft, b. im Rechtlichen auf 1. die Unmöglichkeit, Verwaltungsguthaben Darleihen gleich zu stellen; 2. die Folgerung der Gütervereinigung — wonach die Creditoren bei dem Credit an einen Schuldner hinfort nicht sowohl auf die Zahlungsfähigkeit des Schuldners, sondern seines möglichen Erben sehen mußten, 3. den Widerspruch dieser Folgerung gegen die Rechtsregel, daß Niemand aus dem Schaden eines Andern sich bereichern solle, was doch bei den Gläubigern des Erben einträte und endlich 4. auf die Anerkennung dieser Güterabsonderung im gemeinen Recht und neuen Gesetzgebungen.

Die Beklagten dagegen beriefen sich darauf a. im Thatsächlichen, 1. daß die vorhandene Baarschaft ohne alle besondere Bezeichnung im Vermögen vorgefunden worden sei, — b. im Rechtlichen, 1. daß unbezeichnete Baarschaft keine Sonderansprüche zuläßt, 2. daß die Gütertrennung zu Gunsten der Gläubiger des Erblassers mußte auch zur Folge haben die Möglichkeit einer Gütertrennung zu Gunsten der Gläubiger des Sohnes — m. a. W. die Möglichkeit, einen Sohn zu bestimmen, daß er auf die überschuldete

Masse des Vaters verzichte — zuwider den ursprünglichsten Grundsätzen des neuenburgischen Rechtes.

Das Gericht erster Instanz entschied zu Gunsten der Beklagten.

Urtheil des Appellationsgerichts,
vom 13. December 1848.

La Cour d'appel,

Donne acte aux demandeurs du consentement donnè par les créanciers opposants à la mise en possession de tous les livres, papiers, titres et documents appartenant à chacun d'eux.

En ce qui touche le second chef de la demande:

Considérant que les appelants n'ont aucune des qualités exigées par la loi pour fonder une demande en privilége ou de priorité de collocation; que, par conséquent, cette partie de leur demande n'est et ne peut être qu'une demande en sortie de masse;

Considérant que tout demandeur en sortie d'une masse en faillite doit faire la preuve que les objets dont il demande la sortie sont réellement sa propriété;

Considérant que rien, en procédure, n'établit que les objets sur lesquels porte la demande des appelants soient leur propriété;

Considérant que les appelants sont des créanciers sans titre paré, et doivent en conséquence être envisagés comme porteurs de simples comptes.

En ce qui touche le troisième chef de la demande:

Considérant que les principes de l'hérédité nécessaire, combinés avec la règle: le mort saisit le vif, ont eu pour conséquence de faire passer immédiatement la succession de C. M.. dans la masse de son fils A. M.., aujourd'hui en faillite;

Considérant enfin que la masse du sieur C. M.., défunt, n'existe plus, et qu'elle est remplacée par celle de son fils A. M.., la seule qui soit et qui puisse être mise en faillite et liquidée;

Vu les articles 64, 76 et 78 de la Loi sur les décrets du 16 mai 1842;

Par ces motifs: Le Tribunal confirme la sentence du premier juge et condamne les appelants aux frais.

(Recueil des arrêts de la cour d'appel. T. I, p. 5 f.)

---

— Der Vormund der drei Kinder B., nämlich der Tochter R. von 13 Jahren, 4 Monaten, des Sohnes S. von 10 Jahren, 5 Monaten und des Sohnes T. von 6 Jahren und 5 Monaten, begehrte Bewilligung des Verzichts auf das Vermögen des noch lebenden väterlichen Großvaters C. und des ebenfalls noch lebenden Vaters B. Die Gläubiger des Vaters widersprachen dem Begehren nicht, wohl aber ein Gläubiger des Großvaters, das Haus A., Träger zweier

Schuldscheine vom 15. April 1811 und vom 3. November 1833, — zusammen im Betrag von Fr. 174,600.

Diese Gläubiger führen für sich an 1. im Thatsächlichen — daß die Kinder das Alter überschritten haben, während dessen Verzicht geleistet werden könne, 2. im Rechtlichen — daß die Kinder nach Landesrecht, außer wenigen Ausnahmsfällen, auf das Erbe des Ascendenten nicht verzichten dürfen, daß bei dem Tode der väterlichen Großmutter C. ihr Vater B. schon Erbe derselben geworden sei und demnach subsidiär für deren Schulden hafte.

Der Vormund der Kinder legt dar 1. im Thatsächlichen, daß der eine der fraglichen Schuldscheine 22 Jahre älter sei als das älteste der Kinder und der andere der Geburt des jüngsten Kindes um 13 Tage vorangegangen, — daß damals das Haus des Großvaters seinen Hauptsitz in Mexico gehabt habe und unmöglich diese Kinder aus diesen Geldaufnahmen (kaufmännischen Operationen) irgend einen Vortheil haben ziehen können, 2. im Rechtlichen, daß das Verbot der Erbverzichte im Landesrecht Descendenten, nicht Enkel betreffe, — daß es aber jedenfalls sich nur auf die Voraussetzung stütze, es haben vielleicht die Kinder an den Vortheilen auch Theil genommen, welche die Eltern aus ihren Geldaufnahmen zogen, und daß zunächst darauf auch die Ausnahme vom Verzichtverbot zu Gunsten jüngerer Kinder zu beziehen sei, so daß es dabei nicht auf bestimmte Altersjahre ankomme, sondern auf die sonstigen Umstände; endlich daß die Erbqualität des Vaters B. gegenüber der verstorbenen Großmutter C. wohl vielleicht ihn zur Zahlung ihrer Schulden verpflichten könne, nicht aber jetzt schon seine Kinder.

Die erste Instanz (das Gericht von Valangin) entschied am 17. Juli 1847 zu Gunsten der Kinder.

Urtheil des Appellationsgerichts
vom 14. December 1848.

La Cour d'appel,

Considérant que les titres en vertu desquels la maison A. a formulé le 13 février 1847 son opposition à la demande en renonciation faite au nom des trois enfants de B., aux biens et dettes présents et futurs de leur père et de leur grand-père paternel, ont été souscrits par le grand-père des enfants demandeurs, le premier à la date du 15 avril 1811, le deuxième le 3 novembre 1833;

Considérant qu'au moment où la demande a été ouverte, l'aîné des enfants renonçants, R. était âgée de 13 ans et 4 mois; que le second de ces enfants, S., avait atteint l'âge de 10 ans et 5 mois, et le troisième celui de 7 ans,

Considérant que l'opposition, en ce qui touche le troisième des enfants, a été abandonnée;

Considérant que le grand-père des renonçants, C.., souscripteur des deux titres produits en procédure, ainsi que le père des dits enfants, B., sont encore vivants, tandis que leur grand'mère, épouse de C., est décédée le 28 avril 1834;

Considérant qu'au moment où le moins ancien des titres produits a été souscrit par le grand-père, encore vivant, des enfants renonçants, l'aîné de ceux-ci n'était pas encore né, et que le second est de trois ans plus jeune que le précédent;

Que le plus ancien des titres a été stipulé 22 ans avant la naissance de l'aîné des demandeurs;

Considérant que le texte même de l'un et de l'autre de ces titres indique suffisamment et l'époque et la nature des prêts faits à C.; alors associé d'une maison de commerce dont l'un des siéges principeaux était en Amérique;

Considérant que le bénéfice de la renonciation aux biens et dettes des ascendants encore vivants est consacré par la loi et la coûtume;

Considérant que les restrictions apportées, par la coûtume et par la jurisprudence des arrêts, à la jouissance du bénéfice de la renonciation, reposent essentiellement sur l'âge des enfants demandeurs en renonciation, ainsi que sur la nature des dettes des ascendants, et sur l'emploi, en faveur des renonçants, des sommes empruntées;

Considérant que, dans l'espèce, la maison créancière fonde son opposition sur des titres dont l'un a été souscrit 22 ans avant la naissance de l'aîné des enfants renonçants, et dont le dernier est l'objet d'un règlement de comptes antérieurs, et souscrit 13 jours avant la naissance de R.;

Considérant que ces titres ont été souscrits par le grand-père paternel des enfants renonçants; que non seulement cet ascendant, mais encore que B., son fils, père des enfants renonçants, vit encore;

Considérant que la mort de la dame S.., grand-mère des enfants renonçants, débitrice subsidiaire des dettes créées par son mari, pendant la conjonction, ne peut avoir d'autre effet, dans l'espèce, que de rapporter les obligations qu'elle avait contractées sur la tête de son fils, père encore vivant des enfants demandeurs;

Considérant que le produit des sommes dues à le maison A. n'a pas profité aux petits-enfants du souscripteur,

Par ces motifs, et faisant, pour le cas particulier, application des règles qui ont été successivement consacrées par la coûtume et par les arrêts des tribunaux, en ce qui touche les circonstances favorables qui peuvent être invoquées par des demandeurs en renonciation,

Le Tribunal confirme la sentence dont est appel, et condamne la maison opposante aux frais.

(Recueil des arrêts. T. I, p. 8 f.)

# Wallis.

## Strafcontumazurtheil des Bezirksgerichts von Siders, vom 21. Juli 1851.

Le tribunal au correctionnel du district de Sierre,

Composé de MM. Jean-Baptiste Briguet, président, Jean-Joseph Teytaz, vice-président, Augustin Romailler, Pierre-Joseph de Chastonay et Théodule Bonvin juges, assisté du greffier et suivi de l'huissier, a porté le jugement suivant contre Philippe Udrisard, fils de Jacques, domicilié à Grône, célibataire âgé de 23 ans, accusé d'avoir exercé de mauvais traitemens sur la personne de Joseph Gaudin, en raison de ses fonctions de président de la commune de Grône, dans la nuit du jour de la St. Jean, 27 décembre 1850.

Faits.

Le président Gaudin s'étant occupé le dit jour avec d'autres fonctionnaires de l'administration qui lui était confiée, était servi par le prévenu Udrisard, en sa qualité de garde, dont l'amour-propre fut blessé par un procédé, d'ailleurs indifférent, suivi à son égard par le président Gaudin.

Ce dernier, après s'être séparé de ses collègues, qui étaient restés à la maison de commune, où il avait passé avec eux une partie de ce jour, rentrait paisiblement chez lui, lorsqu'il fut accosté sur son chemin par le garde Udrisard, qui l'avait suivi lorsqu'il sortit de la commune.

Une altercation s'engagea entre eux en raison des fonctions que Gaudin avait exercées dans la journée, ils en vinrent aux prises, se culbutèrent et tombèrent pardessus la haie endeçà du chemin. Relevés de leur chute, Udrisard poursuivit Gaudin, le trappa et ne cessa que par l'intervention d'une personne accourue aux cris que poussait Gaudin. Le président reçut une blessure saignante à la lèvre intérieure et une forte contusion sur l'avant-bras. Udrisard n'eut qu'une légère égratignure sur la joue, des traces de sang restèrent marquées sur la neige et furent détruites à dessein après la lutte.

Le tribunal ayant pris connaissance de tous les actes de la procédure, a entendu le rapport et les conclusions du ministère public représenté par l'avocat Zermatten, domicilié à Sion.

Le prévenu Udrisard ayant obtenu connaissance, le 22 avril dernier, de la clôture de l'enquête, demanda à plaider contradictoirement ses moyens de défense. Le jour fixé pour les débats lui fut notifié par exploit du 17 mai dernier, mais n'ayant pas paru au jour indiqué et étant présumé absent du pays, il fut éditalement cité à l'audience de ce jour par exploit publié à Grône et inséré

au bulletin officiel. Cela étant et le prévenu ne paraissant pas, il est procédé au jugement qui aura l'effet d'un jugement contumaciel selon l'article 269 du code de procédure pénale.

Le tribunal considérant, 1° que d'après la déclaration du prévenu un procédé suivi à son égard, dans cette soirée, par Gaudin, l'avait offensé, que d'après la déposition d'un témoin valide en droit Udrisard avait proféré des menaces contre Gaudin avant sa sortie de la maison de commune; que plusieurs témoins affirment qu'Udrisard est d'un caractère emporté et insolent, et Gaudin naturellement doux et pacifique;

2° Que le prévenu Udrisard n'attribue aucune intention malveillante à son adversaire (N. 91), qu'il avoue avoir été lui-même en faute (N. 94), qu'il dit que Gaudin a crié au secours et que lui s'est tu; que la personne intervenante dans la lutte a dû l'arrêter de force pour protéger Gaudin; que lui-même avoue avoir vu saigner la blessure de Gaudin et des traces de sang sur la neige, et qu'il est sur ces différentes circonstances d'accord avec les témoins.

3° Qu'un témoin dépose qu'il a vu Udrisard frapper le président Gaudin et le poursuivre; qu'il n'a remarqué aucune trace de sang sur la personne d'Udrisard; que d'après ce qu'il a vu et le caractère des deux adversaires, il a conclu qu'Udrisard était l'agresseur;

4° Que le prévenu n'a en sa faveur aucun indice fondé d'innocence;

5° Que l'injure est dirigée contre une autorité constituée en raison de ses fonctions;

Juge et prononce:

D'après les articles 252 et 255 du code de procédure pénale, il y a preuve d'agression de la part d'Udrisard.

Il est déclaré coupable des mauvais traitemens exercés par lui sur le président Gaudin dans la nuit du 27 décembre 1850;

Il est destitué de l'emploi de garde, qu'il exerçait au moment où le délit fut commis;

Enfin il est condamné à six mois de détention en la maison cantonale de correction, à payer à titre d'indemnité au président Joseph Gaudin 32 francs anciens, soit 46 frs. féd., 38 centimes;

A tous les frais de la procédure, du jugement et de sa détention.

Ainsi jugé et prononcé à l'hôtel du Soleil, à Sierre, le 21 juillet 1851.

(Bulletin officiel du canton de Valais. 1851 p. 363 f.)

# Bundesgericht.

## Urtheil vom 3. Juli 1852.

Das schweizerische Bundesgericht
hat

auf das von Herrn Advokat Louis Wuilleret zu Freiburg Namens der Frau Marie Dupré geborene Michaud in Bulle mittelst schriftlicher Eingabe vom 26. Oktober 1851 gestellte Rechtsbegehren:

„Que le décret du Grand Conseil du Canton de Fribourg en date du 6 juin 1849 soit annullé pour autant, qu'il porte atteinte à ses droits garantis par la Constitution du Canton de Fribourg et à ce que la sentence du 14 Mai rendue par le Tribunal de l'arrondissement judiciaire de la Gruyères, confirmée par le Tribunal cantonal le 28 juin 1850, sentence qui est basée sur le décret précité du 6 juin 1849 soit pareillement annullée"

nach Einsicht der durch Herrn Advokat Dr. Bussard für den hohen Stand Freiburg und für Herrn Joseph Dupré-Michaud in Bulle eingereichten Antwortschrift dd. 30. Januar 1852 und nach Prüfung der Akten,

da sich ergeben:

A. Joseph Dupré, Handelsmann von Greyers und Boll habe im Jahre 1845 seine Zahlungen eingestellt, in Folge Beschlusses des Appellationsgerichts von Freiburg dd. 30. Mai 1845, sei somit der Concurs über ihn eröffnet worden, und nach der unterm 19. Juli 1847 obergerichtlich genehmigten Falliments-Liquidation haben sich auf L. 398,050. 94 Activa, L. 518,740. 27½ Passiva, mithin ein Verlust von L. 120,689. 33½ Rp. ergeben.

B. da der überdieß wegen Theilnahme an politischen Umtrieben verfolgte und in Haft gesetzte Dupré binnen der ihm anberaumten Frist über erlittene unverschuldete Einbuße sich nicht ausgewiesen, so habe das Appellationsgericht durch Entscheidung vom 19. Juli 1847 denselben zur Verbannung aus dem Kanton verurtheilt, sofern er binnen Jahresfrist seine Gläubiger nicht vollständig zu befriedigen vermöchte, zufolge des unterm 14. November 1847 stattgehabten Einzugs der eidgenössischen Truppen in Freiburg sei dann aber Dupré aus der Gefangenschaft befreit und ihm laut Bescheinigung des Staats-Cassieramt wegen der erlittenen politischen Verfolgung eine Entschädigung von 1000 Franken alter Währung verabreicht werden.

C. der Große Rath des Kantons Freiburg habe in einem Dekret vom 6. Juni 1849 folgende Bestimmungen getroffen:

1. Il est fait abstraction de toute peine, prononcée pour cause d'insolvabilité, contre des prévenus politiques, dont les biens furent

mis en discussion juridique depuis le 6 janvier au 15 Novembre 1847, et ces prévenus sont réintégrés dans l'exercice de leurs droits civils et politiques.

2. Les dispositions de l'article 1er sont applicables aux prévenus politiques, contre les quels des peines ont été prononcées pour cause d'insolvabilité, pendant l'intervalle fixé dans le susdit article,

und in Kraft dieses Dekrets habe sodann der Staatsrath des Kantons Freiburg sub 19. und 26. Juli 1849 im Amtsblatt die Kundmachung erlassen:

Le Conseil d'État du Canton de Fribourg a, dans sa séance du 9 juillet, et en vertu des articles 1, 3 et 4 du décret du Grand Conseil du 6 juin 1849 réintègré le citoyen Joseph feu François Dupré, allié Michaud, ci-devant régociant à Bulle, dans l'exercice de ses droits civils et politiques.

D. in einem vor Bezirksgericht Greyers unterm 7. Mai 1850 zwischen Joseph Dupré und seiner Gattin anhängig gemachten Rechtsstreite habe jener das Begehren gestellt:

„Que Madame son épouse soit condamnée, à consentir à sa mise en possession des droits que lui accordent les lois du Canton de Fribourg en sa qualité d'époux et de père, soit des avantages découlant de sa réintégration dans ses droits civils et politiques" —

gemäß seinem Erkenntnisse vom 14. Mai 1850 habe das Gericht das fragliche Rechtsbegehren als begründet erklärt, und auch das Kantonsgericht habe durch Urtheil vom 28. Juni 1850 für dasselbe sich entschieden. [1])

E. es sei nun durch die Madame Dupré bei der schweizerischen Bundesversammlung wegen verfassungswidriger Verletzung ihrer Rechte Beschwerde erhoben, und von beiden Räthen der Beschluß gefaßt worden:

„Ohne weitere Einlassung auf das Materielle der vorliegenden Beschwerde sei die Angelegenheit, gemäß Art. 105 der Bundesverfassung, dem Bundesgerichte zur Erledigung zuzuweisen."

F. in ihrer Eingabe vom 26. Oktober 1851 führe Frau Dupré Klage über folgende Verfassungsverletzungen:

1. Der Art. 5 der Freiburg'schen Verfassung vom 4. März 1848 bestimme:

„Tous les citoyens sont égaux devant la loi. Il n'existe aucun privilége de lieu, de naissance, de personne, de famille, de caste ou de classe. L'État ne reconnait aucun titre qui rappelle ces priviléges."

Nun sei es gewiß, daß der Art. 3 des Dekrets vom 6. Juni

---

[1]) S. diese Urtheile oben S. 19. 21.

1849 ausschließlich auf Herrn Dupré sich beziehe, daß er der Einzige der politisch Verfolgten des Jahres 1847 sei, welchen man hiebei im Auge gehabt habe; der fragliche Art. 3 gewähre aber Herrn Dupré ein Privilegium gegenüber dem Artikel 28 der Verfassung, welcher die Falliten von der Ausübung bürgerlicher Rechte ausschließe, so wie ein Privilegium gegenüber den Artikeln 72, 74, 210 und 211 des Civil-Codex, die nachstehende Verordnungen in sich enthalten:

Art. 72. „Lorsque le mari est en état de faillite. il perd l'administration et la jouissance des biens de sa femme."

Art. 74. „La séparation de biens cesse, lorsque les causes qui l'ont rendue nécessaire n'existent plus."

Art. 210. Le père est privé de la puissance paternelle et de ses droits, et spécialement de la jouissance des biens de ses enfans par sa faillite jusqu'à réhabilitation dans l'intégrité de ses droits civils.

Art. 211. La puissance paternelle et ses droits sont exercées par la mère, si le père est en cas de faillite.

2. nach Art. 13 der Freiburg'schen Verfassung sei das Eigenthum unverletzlich; unter diesem allgemeinen Ausdrucke müssen alle Vermögensrechte eines Bürgers verstanden werden; die Madame Dupré habe seit der Insolvenz-Erklärung ihres Gatten das Recht der Selbstverwaltung und des Genusses ihres Weiberguts besessen, und wenn der Große Rath von Freiburg ihr jene Rechte entzogen, so habe er sich dadurch einen Eingriff in das Eigenthum zu Schulden kommen lassen;

3. der Art. 33 der Verfassung erkläre sich für die Trennung der Staatsgewalten, und Art. 58 bestimme insbesondere:

„L'administration de la justice, en matière civile et pénale et du contentieux, appartient uniquement aux Tribunaux reconnus par la Constitution;

nun ergebe sich aus der bürgerlichen Proceßordnung und vorzugsweise aus Art. 188 des Fallimentsgesetzes vom 6. Juni 1838, daß lediglich die Gerichtsbehörden dazu berufen seien, den Verlust der bürgerlichen Rechte aus dem Grunde der Zahlungsunfähigkeit und die Rehabilitation auszusprechen; durch das Dekret vom 6. Juni 1849 habe hiemit der Große Rath von Freiburg richterliche Befugnisse sich angemaßt und ausgeübt. —

G. die Regierung des Kantons Freiburg und Hr. Joseph Dupré stellen in ihrer Beantwortungsschrift zunächst das Begehren, daß auf die Beschwerde der Madame Dupré nicht eingetreten werde, und zwar:

1. weil die Art. 5, 74, Ziff. 7 und 90, Ziff. 3 der Bundesverfassung nur dann Anwendung finden, wenn eine klare Bestim-

mung einer kantonalen Verfassung auf eine augenfällige Weise verletzt worden sei, nicht aber, sofern es sich um Interpretation einer solchen Bestimmung handle; im Zweifel müsse also angenommen werden, daß die Entscheidungen der kantonalen Behörden verfassungsgemäß seien; nun könne die Madame Dupré lediglich darüber sich beklagen, daß der Große Rath von Freiburg in der dem Hrn. Dupré ertheilten Amnestie die Kantonsverfassung irrig ausgelegt habe; der Art. 105 der Bundesverfassung verleihe aber dem Bundesgerichte nicht so ausgedehnte Gewalt, daß dasselbe als Cassations-Gericht die Gesetze und Urtheile von Kantonsbehörden zum Gegenstand seiner Verhandlungen machen dürfe;

2. weil die Madame Dupré mit ihren Einwendungen gegen das Dekret vom 6. Juni 1849 und die gerichtlichen Urtheile vom 14. Mai und 28. Juni 1850 nicht mehr gehört werden dürfe, da sie bei Verfassungswidrigkeit des Erstern direkt an die Bundesbehörden sich hätte wenden, und die Aufhebung desselben hätte begehren sollen, da nun aber Madame Dupré die Zuständigkeit der Freiburg'schen Gerichtsbehörden anerkennt, ja sogar durch das Organ ihres Anwalts vor denselben erklärt habe: sie fechte das Dekret an und für sich nicht an, sondern bestreite nur die Anwendbarkeit desselben zu Gunsten ihres Ehemanns. —

Eventuell werde nachzuweisen versucht, daß der Große Rath von Freiburg im Dekret vom 6. Juni 1849 verfassungsmäßige Rechte von Bürgern nicht verletzt habe, da

a. allgemeine Grundsätze nicht in einem so absoluten Sinn aufgefaßt werden können, daß daneben Ausnahmen nicht gedenkbar wären, da, wie schon in den Art. 27 und 28 der Verfassung einzelne Klassen von Staatsangehörigen den Uebrigen nicht gleich gestellt worden seien, der Art. 3 des Dekrets vom 6. Juni 1846 eine Anzahl Bürger, von deren Namen der Große Rath keine specielle Kenntniß gehabt, und nicht den Herrn Dupré, als einziges Subjekt einer Begünstigung, betreffe, und da im Gegentheil Madame Dupré für sich ein Privilegium in Anspruch nehme, indem sie die einzige Frau des Kantons wäre, welche die Verwaltung und den Genuß ihres Guts ausüben könnte, während ihr Mann der bürgerlichen Rechtsselbständigkeit sich erfreue;

b. von einer Beeinträchtigung der Vermögensrechte der Madame Dupré eben so wenig die Rede sein könne, indem Joseph Dupré keinen Verwaltungsakt vorzunehmen befugt sei, wodurch ihr Eigenthum in irgend einer Weise gefährdet würde, ja sogar der Art. 94 des Code civil vorschreibe:

„Si le mari ne peut pas fournir des assurances hydothécaires l'argent comptant et les créances de la femme sont déposés aux

archives de la Direction des orphelins, sans préjudice de l'usufruit du mari" —

c. zwischen dem Nachlaß einer Strafe und der gerichtlichen Befreiung von den Folgen des Falliments wohl unterschieden werden müsse, indem ersterer ein Akt sei, der lediglich dem Großen Rath, als welcher nach Art. 45 der Verfassung das Recht der Begnadigung übe, zustehe, und der ohne irgend welche Einschränkung auf alle Arten von Strafen ausgedehnt werden könne;

d. das unterm 28. Juni 1850 obergerichtlich bestätigte Urtheil des Bezirksgerichts Boll (Greyers) vom 14. Mai desselben Jahres ein rechtskräftiges, der Vollziehung fähiges geworden sei, ohne daß Madame Dupré die Competenz der urtheilenden Gerichte beanstandet habe, noch den Erkenntnissen derselben irgend welche Ungesetzlichkeit oder Formwidrigkeit zum Vorwurf zu machen vermöge. —

in Erwägung:

1. daß, abgesehen davon, ob nicht schon dadurch, daß die Bundesversammlung die Beschwerde der Madame Dupré dem Bundesgerichte zur Erledigung überwies, die Competenz des Tribunals für einläßliche Beurtheilung des Anstandes entschieden sei, die gegen die Zuständigkeit des Gerichts gemachten Einwendungen jedenfalls nicht Stich halten, und zwar diejenige der Anerkennung des Freiburg'schen Gerichtsstandes durch die Madame Dupré nicht, weil notorisch ist, daß die Bundesversammlung bei genauer Kenntniß der Präcedentien und trotz derselben die Ueberweisung des Falls an das Bundesgericht beschloß, diejenige, daß keine klare Verletzung einer Verfassungsbestimmung vorliege, nicht, weil diese Frage nicht unter dem Gesichtspunkte einer Competenz-Einrede behandelt werden kann, sondern dieselbe mit der materiellen Beurtheilung des Streits zusammenfällt. —

2. daß, wenn nun das Motiv in's Auge gefaßt wird, welchem das Dekret vom 6. Juni 1849 seine Entstehung verdankt und welches der Große Rath in folgenden Erwägungen ausspricht:

„Considérant que, dans le nombre des victimes politiques qu'a faites en 1847 un gouvernement rebelle envers la Confédération, il en est plusieurs dont les biens furent mis en discussion *par l'effet des poursuites et persécutions qui furent exercées contre elles;* Considérant qu'il est du devoir du gouvernement actuel de réparer, autant qu'il est en lui, les suites déplorables qu'ont entrainées *ces persécutions odieuses*" —

es außer allem Zweifel liegt, daß eine Begünstigung des Herrn Dupré mit Rücksicht auf seinen Falliments zustand aus dem Grunde politischer Verfolgung nicht stattfinden konnte, da nach Fact. A. die Insolvenzerklärung des Dupré den Unruhen im Kanton Freiburg lange voranging, und es reine Zufälligkeit ist, daß die

Beendigung der Concurs-Liquidation bis in's Jahr 1847 sich verzögerte.

3. daß demnach der Art. 3 des Dekrets vom 6. Juni 1849 die rechtliche Wirkung hat, daß der im Jahre 1845 mit einem bedeutenden Deficit fallit gewordene Dupré um der im Jahre 1847 erlittenen politischen Verfolgungen willen in den Zustand der bürgerlichen und politischen Ehrenfähigkeit zurückversetzt wurde, und das Dekret auch dadurch den Charakter eines Ausnahms-Dekrets annimmt, daß gegenüber der Behauptung der Beschwerdeführerin, dasselbe beziehe sich lediglich auf die Person ihres Ehegatten, Jemand anders, der dadurch betroffen wurde, nicht bekannt ist.

4. daß nun der Große Rath des Kantons Freiburg kraft des ihm nach Art. 45 litt. h der Verfassung eingeräumten Begnadigungsrechts allerdings befugt war, die Strafen, welche über Dupré als muthwilligen Bankerutirer verhängt waren, aufzuheben, dagegen es nicht als ein Ausfluß des Begnadigungsrechts angesehen werden kann, daß civilrechtliche Folgen, welche von Gesetzes wegen an den Falliments zustand sich knüpfen, mit Verletzung des Rechts dritter Personen als beseitigt erklärt, und auch dießfalls ein Fallite bei stets fortdauernder vermögensrechtlicher Insolvenz so behandelt werde, wie wenn er im Zustande der Zahlungsfähigkeit sich befinden würde.

5. daß nach den in Fact. litt. F. Ziffer 1 wörtlich aufgeführten Gesetzesbestimmungen der Entzug der Verwaltung und Nutznießung des Frauenvermögens eine im Kanton Freiburg gemeinrechtliche Folge bildet, welche gegen jeden Falliten eintritt, und nun dadurch, daß in Folge des Art. 3 des Dekrets vom 6. Juni 1849 die Madame Dupré auf eine singuläre Weise gezwungen werden soll, der Gewalt ihres zahlungsunfähigen Ehemanns gerade so sich zu unterwerfen, wie wenn er nicht mehr insolvent und nach Gesetzesvorschrift rehabilitirt worden wäre, allerdings auf eine ihre vermögensrechtlichen Interessen benachtheiligende Art die der Madame Dupré verfassungsgemäß zugesicherte Gleichheit mit andern Staatsangehörigen vor dem Gesetz durch das Mittel eines Ausnahms-Dekrets aufgehoben wurde;

zu Recht erkannt:

1. Der Art. 3 des Dekrets vom 6. Juni 1849, so weit er die Verwaltung und Benutzung des Vermögens der Madame Dupré beschlägt, und die darauf begründeten gerichtlichen Urtheile vom 14. Mai und 28. Juni 1850 — seien als folgelos erklärt.

2. Die Kosten der bundesgerichtlichen Verhandlung habe die Bundeskasse zu tragen.

3. Mittheilung an den Bundesrath, an die Regierung des

Kantons Freiburg für sich und zu Handen des Joseph Dupré und an den Vollmachttrager der Beschwerdeführerin.

---

Urtheil vom 5. Juli 1852.

Das schweizerische Bundesgericht

hat

in Sachen der Regierung des Kantons Freiburg, Klägerin, vertreten durch Herrn Dr. Bussard von Freiburg

gegen

die Regierung des Standes Wallis, Beklagte, vertreten durch Herrn Ständerath Rion von Sitten

betreffend: Forderung.

Da sich ergeben:

A. Peter Tobias Yenni, Bischof von Lausanne und Genf, habe durch einen Hirtenbrief vom 20. September 1837 den Ursulinerinnen Constance Morand, Lucie Colliard, Fortuné Salzmann, Alphonse Neubert und Catherine Schmutz in Freiburg kund gegeben, daß er auf das durch Monseigneur Fabien Maurice Roten so wie durch die ersten Behörden von Sitten an ihn und ihre ehrwürdige Gesellschaft gerichtete Begehren sie ermächtige, sich nach Sitten zu verfügen, um dort ein Etablissement zu gründen, daß er sie unter die Befehle des Bischof von Sitten stelle, sich dabei jedoch vorbehalte, sie alle oder einzelne von ihnen zurückzurufen, sofern es die Verumständungen erheischen würden.

B. Laut Urkunde vom 7. März 1838[2]) habe Xavière Moret, Superiorin der Ursulinerinnen zu Freiburg, der Constance Morand als neu erwählter Superiorin der Gesellschaft von Sitten, die Ermächtigung ertheilt, diejenigen Verträge abzuschließen und zu unterzeichnen, welche die Aufführung der Gebäulichkeiten erforderlich machen sollte, immerhin unter der Bedingung, daß das Haus zu Sitten von demjenigen zu Freiburg abhängig bleibe, bis Ersteres die ihm vorgestreckten Fonds zurückerstattet haben werde.

C. Unterm 17. März 1838 sei sodann zwischen dem Stadtrath

---

2) La Communauté de notre couvent de Fribourg ayant agrée à l'unanimité le projet d'établir a Sion de concert avec les autorités de la dite ville une maison de notre société, j'autorise notre chère Sœur Constance Morand, supérieure actuelle de la communauté de Sion à conclure et signer les contrats que la bâtisse des édifices pourra exiger à la condition néanmoins que la maison de Sion reste dépendante de celle ci jusqu'à ce qu'elle ait remboursé les fondes que celleci lui a avancés. En foi etc. Fribourg 7 mars 1838.

Xavière Moret, supérieure.

von Sitten und den Ursulinerinnen von Freiburg, in deren letztern Namen die Superiorin Constance Morand unterzeichnete, ein Vertrag[3]) über die Herstellung eines Gebäudes beim Thore von Couthay zum Zwecke der Uebernahme des Unterrichts der weiblichen Jugend von Sitten abgeschlossen worden, in welchem Vertrag der Art. 6 wörtlich folgendermaßen laute:

Le conseil se réserve expressément la proprieté du bâtiment à construire, promettant et garantissant aux Dames Ursulines le remboursement des sommes qu'elles auront avancés pour cette construction, et qui seront légalement constatées comme telles; le remboursement se fera par annuités en six ou huit ans, bien entendu que

---

[3]) a. Protokoll des Rathes der Bürgerschaft von Sitten dd. 31. Januar 1838. S. Wohlgeb. Herr Bürgermeister berichtet, daß in der letzten Versammlung der Schulkammer derselben Eröffnungen wären gemacht worden ab Seiten der Ehrw. Ursulinerinnen, welche unsere Mädchenschule halten, in welcher sie anzeigen, daß sie nicht wohl für die künftigen Jahre die Lehranstalt ferners verpflegen könnten, wenn sie nicht eine — angemessene Wohnung errichten könnten.

— Bedingungen:

5. Die Ehrw. Frauen werden selbst die zu diesem Bau nöthigen Summen sich verschaffen und die allfälligen Zinsen dafür entrichten.

b. Convention entre le noble *conseil* de la ville de Sion et les Révérendes dames Ursulines de Fribourg. — Au sujet d'un bâtiment qu'elles se proposent de construire au couchant etc.

Art. 1. Les Rév. dames Ursulines de Fribourg chargées en ce moment de l'instruction des jeunes filles de cette ville ayant fait connaitre au Conseil de ville l'intention où elles etaient de construire un bâtiment etc.

Art. 8. Le conseil de la ville considérant le devouement des Rév. dames Ursulines pour l'instruction et l'éducation de la jeunesse de leur sexe, continuera de confier à leurs soins comme par le passé l'enseignement des filles aux classes normales etc.

Il se réserve en outre la surveillance à ce que rien ne s'introduisse de contraire au libre exercice de leurs fonctions conformément à leur institut sur la méthode d'enseignement ainsi que sur les objets à enseigner et en général tout ce qui pourra contribuer à faire prospérer l'éducation des filles de cette ville sera règlé par le Conseil après en avoir conféré avec les Rév. dames Institutrices auxquelles le conseil de la ville promet d'ailleurs sa protection en tout ce qui dépendra de lui.

Sion, le 17 mars 1838.

la susdite promesse et garantie ne pourra être invoquée que dans le cas eventuel où les Dames Ursulines se verraient obligées par suite de circonstances, considérés comme force majeure à abondonner leur etablissement.

D. der Große Rath des Kanton Wallis habe durch Dekret vom 29. Januar 1848 beschlossen, die Hospitäler des St. Bernhard und des Simplon, die Abtei St. Moritz, die Frauenklöster zu Brigue und Collombay und die Kapuzinerklöster zu Sitten und St. Moritz haben Fortbestand; im Weitern bestimme der Art. 26: „L'existence en Valais de tout couvent ou corporation religieuse autre que ceux mentionnés ci-dessus est interdite." —

E. Bürgermeister und Rath der Stadt Sitten haben auf Begehren der Ursulinerinnen des Hauses Freiburg, welche zum Unterricht der weiblichen Jugend in die Stadt Sitten berufen worden waren, unterm 7. Oktober 1848 mit Beziehung auf Art. 6 des Vertrags vom 17. März 1838 folgende Erklärung[4]) ausgestellt:

Nous le bourgmestre et conseil de la bourgeoisie de Sion déclarons par la présente nous constituer débiteurs envers les *prédites* dames institutrices de la somme règlé pour cette dépense à 25,914 francs payables par annuités dans huit ans savoir jusqu'au 1° janvier 1857, pour sureté de cet engagement le bâtiment élevé par ces dames en cette ville reste spécialement affecté en hypothèque.

Ainsi fait à Sion le 7 du mois d'octobre 1848.

---

4) a. Protokoll des Rathes der Bürgerschaft von Sitten dd. 7. Oktober 1848.

Die Ehrw. Frauen Ursulinerinnen, die gemäß dem staatsräthlichen Befehl, im Begriffe sind, die Stadt zu verlassen, bitten den Bürgerrath, ihnen laut Uebereinkunft die Erkenntniß der zum Bau des Kosthauses vorgeschaffenen Summen — zu verschreiben u. s. w.

b. Schuldschein. Le bourguemestre et Conseil de la bourgeoisie de la ville de Sion prenant en considération la demande que lui ont adressé les Rev. dames institutrices de l'ordre des Ursulines de la maison de Fribourg appelées en notre ville en 1838 pour l'entretien de notre jeunesse du sexe lesquelles invoquent l'art. 6 de la convention conclue entre elles et nous le 17 mai 1838, vu l'ordre qu'elles viennent de recevoir du Conseil l'état du Valais de quitter le canton en leur appliquant l'une des dispositions du décret du 29 janvier proche passé et qu'ainsi l'article conventionnel précité devient exécutoire pour les reconnaitre de la somme qu'elles auraient appliquées à la bâtisse du pensionnat en cette ville. —

F. in Folge Aufhebung des Stifts der Ursulinerinnen zu Freiburg mache nun die Regierung dieses Kantons als Rechtsnachfolgerin derselben das Begehren geltend, daß der Stand Wallis verfällt werde, in Jahresterminen nach dem Inhalt der Acte vom 7. Oktober 1848 bis 1. Januar 1857 die Summe von Fr. 25,914 alter Währung sammt Kosten zu bezahlen. —

G. die Beklagte begründe das Gesuch um Abweisung der klägerischen Forderung im Wesentlichen:

1. durch die Behauptung, daß das Ursuliner-Stift in Sitten ein selbständiges Etablissement und keineswegs eine bloße Mission von Freiburg gewesen sei, für welche Behauptung der Beweis geführt werde:

a. durch die Construktion des Hauses zu Sitten in Form eines Klosters mit Kapelle,
b. weil die Schwestern zu Sitten ihre eigene Superiorin gehabt haben,
c. weil sie unmittelbar unter dem Diöcesanbischof von Wallis gestanden seien,
d. weil das Recht der Aufnahme von Novizen, das Profeßrecht so wie die Befugniß zu Entlassung von Schwestern durch das Stift ausgeübt worden sei,
e. weil die Gesellschaft Aussteuern, Lehrerbesoldungen, Geschenke ꝛc. in Empfang genommen und auf beliebige Weise verwendet habe.

2. weil keine Schuldpflicht des Klosters in Sitten gegenüber demjenigen von Freiburg dargethan sei, da die Rechtsnachfolger des Stifts von Freiburg sich nicht auszuweisen vermögen, daß letzteres an das Haus zu Sitten Vorschüße im eingeklagten Betrage wirklich gemacht habe, demnach die Klägerin die von ihr eingenommene Qualität eines Creditoren für eine bestimmte Summe durch keinerlei Beweisurkunden zu constatiren vermöge —

in Erwägung:

1. daß die Beklagte in vorwaltendem Rechtsstreite den Stadtrath von Sitten repräsentirt, somit die Rechte und Verpflichtungen der Erstern in Hinsicht auf das Streit-Object mit denjenigen der letztern Behörde identisch sind, und daher von der aufgeworfenen Streitfrage, ob das Institut der Ursulinerinnen zu Sitten ein selbstständiges oder ob dasselbe im Verhältnisse der Abhängigkeit zu demjenigen von Freiburg gewesen sei, abgesehen — und der richterliche Entscheid lediglich nach Maßgabe der zwischen dem Ursuliner-Convent von Freiburg und dem Stadtrath von Sitten bestandenen Rechtsverbindlichkeiten gegeben werden kann.

2. daß nun in dem zwischen dem Stadtrath von Sitten einer-

seits und der Superiorin Constance Morand anderseits unterm 17. März 1838 abgeschlossenen Vertrage die Bestimmung getroffen wurde, Ersterer behalte sich das Eigenthumsrecht an dem von den Ursulinerinnen in Sitten zu errichtenden Gebäude vor, und verpflichte sich dagegen für den Fall, daß die Ursulinerinnen durch höhere Gewalt gezwungen werden sollten, ihr Etablissement zu verlassen, zum Ersatz der verwendeten Baukosten, daß in thatsächlicher Beziehung sodann feststeht, es sei in Folge des Dekrets des Großen Rathes von Wallis dd. 29. Januar 1848 der Ursuliner-Convent zu Sitten aufgehoben worden, und daß endlich der Stadtrath von Sitten durch eine Urkunde vom 7. Oktober 1848 die Erklärung abgab, es belaufe sich die zufolge des Vertrags vom 17. März 1838 für Baukosten verwendete, in Terminen bis 1. Januar 1857 rückzahlbare Summe auf Franken 25,914, und es werde zur Versicherung der Schuld das von den Ursulinerinnen errichtete Gebäude unterpfändlich verschrieben.

3. daß nach den in Erwägung 2 aufgeführten Thatsachen über den Bestand einer Schuldpflicht des Stadtraths von Sitten im eingeklagten Betrage kein Zweifel herrschen kann, und nun lediglich noch die Frage in Erörterung fällt, ob die Klägerin als Rechtsnachfolgerin des Ursuliner-Convents von Freiburg befugt sei, die Rechte einer Creditorin gegenüber der Beklagten in Anspruch zu nehmen und auszuüben, diese Frage aber bejahend entschieden werden muß, da aktengemäß erhoben ist, daß die Behörden von Sitten an das Ursuliner-Stift von Freiburg das Gesuch stellten, ihnen einige Frauen behufs der Uebernahme der Erziehung der weiblichen Jugend zuzusenden; da auf den bischöflichen Erlaß vom 20. Sept. 1837 die Superiorin der Ursulinerinnen zu Freiburg unterm 7. März 1838 die Constance Morand ermächtigt, mit der Gemeinde Sitten wegen der Errichtung eines Gebäudes in Unterhandlung zu treten und Verträge zu schließen; da in unzweifelhaftem Zusammenhange mit den dargestellten Vorgängen in der Uebereinkunft vom 17. März 1838 „die Ursulinerinnen von Freiburg“ als der eine der contrahirenden Theile bezeichnet wurden; da auch die Schuldverpflichtung vom 7. Oktober 1848 zu Gunsten „der Ursulinerinnen des Hauses Freiburg“ ausgestellt ward, und in sämmtlichen Vertragsakten der Ursulinerinnen von Sitten als contrahirenden Convents nirgends gedacht wird, durch die angeführten Aktenergebnisse demnach zu rechtlicher Gewißheit erhoben ist, daß der Ursuliner-Convent von Freiburg es war, mit welchem der Stadtrath von Sitten in Vertragsverhältnisse sich einließ, und dem er bei Entstehung der Schuld wie im Zeitpunkte der beginnenden Fälligkeit derselben als verpflichtet sich erklärte

zu Recht erkannt:

1. Es sei die Beklagte pflichtig, der Klägerin, nach Inhalt des Aktes vom 7. Oktober 1848, in Jahresterminen bis 1. Jan. 1857 die Summe von 25,914 Schweizerfranken alter Währung zu entrichten.

2. Bezahle die Beklagte — inbegriffen die Instruktionskosten — ein Gerichtsgeld von Fr. 150, und habe dieselbe die Klägerin an die außergerichtlichen Prozeßkosten mit Fr. 160 zu entschädigen.

(Directe Mittheilung.)